

POLIZEI REPORT

G 6789
ISSN 1869-6805

Nr. 132 · Sept. 2011



**BEZIRKSGRUPPE FRANKFURT/M. IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen
der Bezirksgruppe Frankfurt
der Gewerkschaft der Polizei
und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.
und der Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für den Großraum Frankfurt

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.

Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für
Öffentlichkeitsarbeit, Kölner Straße 132,
57290 Neunkirchen

Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

O. Jochum

Redaktion:

Vi.S.d.P.: Wolfgang Link, Petra Moosbauer,
Sibylle Perrot

GdP BZG Frankfurt
60389 Frankfurt/M., Seckbacher Landstraße 6

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-
werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 15.10.
(ISSN 1869-6805)

Aus dem Inhalt

Auf ein Wort	Seite 4	Historie	Seite 47
Aktuelle Urteile	Seite 7	Wache im Wandel der Zeit	Seite 49
IPA-Empfang	Seite 9	Hafengeburtstag in Hamburg	Seite 50
Tag der offenen Tür im PP	Seite 11	Notfallinfo	Seite 51
Einsatzkräftebetreuung Frauen-WM	Seite 14	Aufstand der Ordnungshüter	Seite 53
GdP auf dem Hessestag	Seite 21	Die Luxus-Abgeordneten	Seite 55
Die Hessische Polizeistiftung	Seite 22	Börnepreis an Joachim Gauck	Seite 58
Zentrale Vereidigungsfeier	Seite 23	Kampf um die Rechte der Senioren	Seite 61
Wir waren dabei – Aktionen der GdP	Seite 25		
Wo bleibt der Aufschrei?	Seite 26		
Änderung des Beihilferechts	Seite 29		
		Südschwarzwald – Eine kulinarische Reise	Seite 32
		Stilblüten	Seite 35
		Ehrungen	Seite 36
		Nachruf Adi Roth	Seite 41
		JHV KG Süd	Seite 43
		Weihnachtsfeier der Senioren	Seite 44
		Vorbereitung auf den Ruhestand	Seite 44



Zum Titelbild: Eröffnungsfeier Frauen der WM

AUF EIN WORT

Liebe Kolleginnen und Kollegen



obwohl wir bei den Tarifverhandlungen im April einen Abschluss erzielt hatten, der sich durchaus sehen lassen kann, ist die Enttäuschung

im Beamtenbereich sehr groß.

Pinocchio ist allgegenwärtig!

Wer geglaubt hatte, die Lügen hätten mit der Ära Roland Koch ein Ende gefunden, hat sich gehörig getäuscht. Großspurig hatte unser Innenminister noch während der Tarifverhandlungen in Einzelgesprächen mit den GdP-Vertretern im April verkündet, dass dieses Ergebnis deckungsgleich, jedoch mit zeitlicher Verzögerung, auf die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Landes Hessen übertragen wird, so ist er mittlerweile offensichtlich im selben Fahrwasser angekommen, wie der ehemalige Innenminister und handelt nunmehr augenscheinlich frei nach dessen Motto: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern!“ Bei einer vereinfachten Rechenart kann jeder nachvollziehen, wie verachtend diese Politik mit den vielen Polizeibeamtinnen und –beamten in Hessen umspringt und diejenigen bestraft, die jahrelang den Kopf für diese Politik hinhalten, nur weil die Politiker allzu genau wissen, dass sich die Gesetzeshüter der Gesellschaft gegenüber verpflichtet sehen und trotz dieser nicht mehr vorhandenen Wertschätzung aus Politikerkreisen, ihren Beruf ohne Abstriche sehr ernst nehmen. Gehen wir mal davon aus, dass Hessen 20.000 Polizeibeamtinnen und –beamten hätte, die jedoch bei Weitem nicht erreicht werden, so hätte die verweigerte Einmalzahlung in Höhe von 360 ein Gesamtvolumen von 7,2 Millionen Euro. Also einmalig 7,2 Millionen Euro im Jahr 2011. Laut Argumentation der beiden Regierungsparteien sprengt das jedoch

den Rahmen, weil die Bevölkerung dem Land Hessen mit 70%-iger Mehrheit, anlässlich der Volksabstimmung bei den letzten Kommunalwahlen, die Schuldenbremse verordnet hätte. Die Gewerkschaften, auch die GdP, haben genau davor gewarnt, dass bei einem JA zur Schuldenbremse, diese Argumentation immer aus der Schublade geholt wird, was ja auch einfach ist – oder? Es kommt aber noch schlimmer. Bis Mitte Juli 2011 hat das Land Hessen für ein Kunstwerk, nämlich die Holbeinmadonna aus dem Frankfurter Städel, für den Erwerb mitgeboten und ist erst bei sage und schreibe 40 Millionen Euro aus dem Kreis der potentiellen Käufer ausgestiegen. Wo war hier der Aufschrei von den 70% Wählerinnen und Wählern, die mit einem JA zur Schuldenbremse gestimmt hatten. Wenn das Land Hessen schon bereit war, 40 Millionen Euro für ein Kunstwerk zu investieren, so hätte man den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit diesem horrenden Betrag mehr als 5 Jahre lang eine Einmalzahlung in Höhe von 360 /pro Kopf zahlen können. Wir sind aber nicht unverschämt und haben im Gegensatz zur Politik über die letzten 12 Jahre maßhalten gelernt. Wir geben uns analog der Beschäftigten mit 360 Einmalzahlung zufrieden.

Politik verhält sich unverschämt!

Mit kaum mehr zu überbietender Arroganz speist die Politik die vielen tausend Polizeibeamtinnen und –beamten mit gerade mal 1,5 % Gehaltserhöhung ab, weil die Verschuldung des Landes Hessen angeblich keine höheren Gehaltsverbesserungen zulässt, verordnet sich selbst eine satte Diätenerhöhung von 2,8 %. Genau an dieser Stelle sei die Frage erlaubt: Wenn die 1,5%ige Einkommensverbesserungen bei den Beamtinnen und Beamten die Grenze des Machbaren ist, wieso sich die Politik 2,8% zugesteht. Wo bleibt der Aufschrei der Verfassungsrechtler? Zählt die Schuldenbremse nicht für den elitären Kreis der Politiker? Die Einzigen, die geschlossen gegen eine Diäten-

erhöhung in dieser Form ausgesprochen haben, war die Fraktion „DIE LINKE“. Um Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch einmal in Erinnerung zu rufen, wer beim letzten Mal die **zeitliche Verzögerung** bei der Umsetzung der Tarif erhöhungen auf die Beamtinnen und Beamten zu verantworten hatte - das war die Fraktion „BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN“. Also bleibt die Feststellung, dass wir Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten die Wertschätzung bei den Politikern endgültig verloren haben. Ich persönlich glaube, dass dies der Tatsache zuzuschreiben ist, dass wir im Ansehen bei der Bevölkerung schon seit Jahren ununterbrochen ganz oben stehen und die Politiker ganz unten. Dass die Politiker durch die Bank sehr eitel sind und anderen nichts gönnen, steht für mich schon seit langem fest. Deshalb gönnen sie auch den Bürgerinnen und Bürgern recht wenig. Lediglich vor anstehenden Wahlen gehen sie auf die Bevölkerung zu und versuchen die Gunst der potentiellen Wählerschaft durch nicht einzuhaltende Versprechen zu gewinnen. Ich glaube nicht, dass dieses Mitarbeiter verachtende Verhalten auf den Innenminister zurückzuführen ist, da dieser noch direkt nach dem Tarifabschluss kundtat, dass dieses Ergebnis auch auf die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten deckungsgleich übertragen werden soll. Vielmehr glaube ich, dass der Koalitionspartner seine Hand im Spiel hat, da selbst während der Tarifverhandlungen fortwährend ein Abgeordneter dieser Partei auf der „Spielfläche“ erschien und versuchte Einfluss zu nehmen, was aber zu diesem Zeitpunkt nicht gelang. Die Verhandlungsführer der hessischen Landesregierung, allen voran der Innenminister Boris Rhein, hatten sich das Zepter nicht aus der Hand nehmen lassen. Deshalb wäre es an der Zeit ein Zeichen zu setzen und der Innenminister sollte zusammen mit seinen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes gemeinsam gegen diese Ungerechtigkeiten ankämpfen. Es kann nämlich nicht sein, dass eine Minderheit

versucht, die Geschicke in unserem Land zu lenken. Wir Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten lassen uns nicht entmutigen und wissen, dass

auch wieder andere Zeiten kommen, wo Politiker mit einer Selbstbedienungsmentalität in die-

sem Land nichts mehr zu sagen haben.

Euer Wolfgang Link

Aktuelle Urteile

für den dienstlichen und privaten Gebrauch

Verwendungszulage



Erste Urteile hinsichtlich einer angemessenen Bezahlung nach der höheren Besoldungsstufe bei der Übertragung eines höherwertigen Amtes, sind mittlerweile ergangen. Mit Urteil vom 28. April 2011 hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden, dass einem Beamten, dem die Aufgaben eines unbesetzten höherwertigen Amtes vertretungsweise übertragen werden, eine Zulage gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes auch für den Fall zu zahlen ist, dass die Übertragung auf Dauer angelegt wurde. Geklagt hatten eine Oberstudienrätin, ein Verwaltungsobererrat und ein Regierungsobererrat im Polizeidienst. Alle nahmen anstelle ihres Statusamtes in der Besoldungsgruppe A 14 BBO über Jahre hinweg zugeordnete Aufgaben wahr, die einer nicht besetzten Planstelle der höheren Besoldungsgruppe A 15 BBO zugeordnet waren. Die Klagen, auf die Zahlung einer Verwendungszulage in Höhe des Differenzbetrages zwischen den beiden Besoldungsgruppen, waren zunächst auch im Berufungsverfahren erfolglos. In dem Urteil des Bundes-

verwaltungsgerichtes wird darauf hingewiesen, dass es dem Dienstherrn zunächst unbenommen bleibt, dem Beamten eine gewisse, auch längere Zeit in einer höher bewerteten Funktion zu beschäftigen, allerdings habe ein Beamter, dem die Aufgaben eines unbesetzten höherwertigen Amtes vertretungsweise übertragen wurden, Anspruch auf Zahlung einer Zulage. Das gelte auch dann, wenn der Dienstherr erklärt hat, er wolle die Aufgaben zeitlich unbeschränkt, „endgültig“ oder „auf Dauer“ übertragen.

Az.: BVerwG 2 C 30.09, 27.10 und 48.10

Mutterschutzzeiten sind auch relevant für Betriebsrenten



Mit Urteil vom 17. Mai 2011 hat das Bundesverfassungsgericht eine Regelung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) gekippt, nach der die Mutterschutzzeiten vor 1990 nicht in die Berechnung der Betriebsrente einbezogen wurden. Aufgrund dieser Feststellung des Bundesverfassungsgerichtes können Mitarbeiterinnen im öffentlichen Dienst, die vor 1990 Kinder bekommen haben, mit mehr

Betriebsrente rechnen. Hintergrund dieser folgerichtigen Entscheidung ist, dass das Mutterschaftsgeld steuerfrei gestellt war. Dadurch fielen für den Arbeitgeber keine zu zahlenden Umlagen an, was sich auf die Berechnung der Betriebsrente auswirkte. Gemäß den urteilenden Richtern der Kammer des Verfassungsgerichtes verstoße dies gegen das Verbot der geschlechterbezogenen Diskriminierung. Eine existierende europäische Regelung hatte bereits ab 1990 solche Satzungen für unwirksam erklärt. Das Bundesverfassungsgericht schafft mit dieser Entscheidung auch Rechtssicherheit für die Zeit vor 1990.

Az.: 1 BvR 1409/10

Dumpinglohn kann Straftat sein

Einen Teilerfolg haben Gewerkschaften und DGB erzielt, die sich schon jahrelang für die Zahlung von Mindestlöhnen einsetzen. Vielleicht macht die menschenverachtende Behandlung eines Toilettenanlagenpächters gegenüber seinen Beschäftigten die letzten blockierenden deutschen Politiker endlich nachdenklich. Grundlage ist das Urteil des Oberlandesgerichts Naumburg. Der Pächter einer Autobahn-toilettenanlage beschäftigte Frauen als Reinigungskräfte auf Grundlage der 400 -Basis, also sog. Minijobs. Die Beschäftigten mussten teilweise bis zu 14 Tage jeweils 12 Stunden täglich arbeiten, wofür der Arbeitgeber sie mit 170 monatlich entlohnte und den Rest des Lohnes für Kost und Logis einbehielt. Der Pächter war so dreist und bereicherte sich noch an den Trinkgeldern seiner Beschäftigten, so dass den Frauen umgerechnet ein realer Stundenlohn von 1,00 – 1,79

blieb. Zudem zahlte er auch kein Beitrag zur Sozialversicherung für Geringverdiener. Er hatte sich somit einer Straftat der Vorenthaltung von Arbeitsentgelt strafbar gemacht, wie die Richter urteilten. Zudem ent-

stand den Sozialkassen ein nicht unerheblicher finanzieller Schaden. Auch erkannte das Gericht die Sit- tenwidrigkeit eines solchen Han- delns und verurteilte den Toiletten- anlagenpächter zu einer empfindlichen Geldstrafe.

Az.: 2 Ss 141/10

Suizidgefahr stoppt Zwangs- vollstreckung



Unter Berufung auf einen Be- schluss des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe wurde in der „Neuen Ju- ristischen Wochenzeitschrift Recht- sprechungsreport Zivilrecht“ be- kannt gegeben, dass eine Zwangsvollstreckung unterbrochen werden kann, wenn für einen Schuldner eine Selbstmordgefahr besteht. Nach Auffassung des Ge- richts muss aber in solchen Fällen ein konkreter Anhaltspunkt den be- gründeten Verdacht rechtfertigen, dass im Fall der Zwangsvollstrec- kung eine belegbare ernsthafte Ge- fahr für eine Selbsttötung besteht. Ausgangspunkt war die Androhung einer Hausbesitzerin, im Fall der Zwangsvollstreckung einen Suizid zu begehen, was vom Landgericht Essen nicht umfassend gewürdigt wurde. Der BGH befand, das Land-



gericht hätte sich über diese Gefahr nicht einfach hinwegsetzen dürfen, sondern zunächst die Ernsthaftigkeit der Drohung prüfen müssen.

Az.: V ZB 82/10

Vorfahrt auf dem Parkplatz

Erneut beschäftigte sich ein Ge- richt mit der Beurteilung, wer auf Parkplätzen die Vorfahrt hat. Auf Parkplätzen gelten besondere Vor- fahrtsregeln. So greift die Regel „Rechts vor Links“ nicht immer! Nach Auffassung des Kammerge- richts Berlin haben Autos auf größe- ren Zufahrten immer die Vorfahrt gegenüber anderen Autofahrern,

die von ihrem Parkplatz kommen. Im verhandelten Fall war eine Auto- fahrerin aus einer Parkbuchst ausge- fahren und hatte einen Wagen ge- rammt, der auf einer größeren Zufahrtsstraße von links kam. Sie musste voll für den entstandenen Schaden haften. Die Regel „Rechts vor Links“ gelte nur für gleichartige Fahrwege befand das Gericht. Fah- rer auf Fahrspuren, die nicht zur Parkplatzsuche, sondern der Zu- und Abfahrt der Autos dienen, hät- ten Vorfahrt.

Az.: 12 U 233/08

Auszug wegen lärmender Nachbarn

Das Landgericht Berlin hat in ei- nem Fall entschieden, dass Vermie- ter gegen lärmende Mieter vorge- hen müssen, um andere Mieter zu schützen. Allerdings ließ es offen wie, d. h. es bleibt den Vermietern selbst überlassen, mit welch- en Mitteln zu vorgehen, solange sie geset- zeskonform sind, wie in der Zeit- schrift „Das Grundeigentum“ berichtet wurde. Deshalb können andere Mieter keinen Schadensersat- z vom Vermieter erhalten. In dem Beim Landgericht Berlin verhandel- ten Fall hatte sich eine Mieter mehr- fach beim Vermieter wegen seiner lauten Nachbarn beschwert. Der lärmende Nachbar wurde gleich mehrfach erfolglos vom Vermieter abgemahnt. Daraufhin setzte der gestörte Mieter dem Vermieter eine Frist, um diesen sog. Mangel zu be- seitigen. Daraufhin hatte der Ver- mieter dem „lärmenden Nachbarn“ gekündigt. Zwischenzeitlich zog aber der Mieter, der sich gestört ge- fühlt hatte selbst aus und verlangte vom Vermieter Schadensersatz. Der Schadensersatz sollte sich auf Mak- ler- und Umzugskosten beschrän- ken. Die Richter konnten der Argu- mentation desjenigen, der ausgezogen war, nicht folgen und wiesen die Klage ab. In der Begrün- dung hieß es, dass der Vermieter zwar für einen vertraglich verein- barten Zustand zu sorgen habe, wie er das allerdings sicherstelle, ob- liegt ganz allein ihm. Darüber hin- aus habe er sich zudem an beste- hende Gesetze zu halten und könne einem Mieter nicht ohne wei- teres fristlos kündigen.

Az.: 65 S 89/10



IPA-Empfang im Frankfurter Römer

Ausländische Polizeibeamtinnen und –beamten von der Stadt Willkommen heißen



Den Abend vor dem „Tag der offenen Tür“ im Frankfurter Polizeipräsidium empfingen die Stadt Frankfurt und die IPA Frankfurt viele Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern, die eigens mit ihren landestypischen Uniformen angereist waren. Die weiteste Anreise hatte ein Kollege aus Peru. Auf Initiative vom Schatzmeister und Redaktionsleiter der IPA, Hubert Porsche, gelang es für alle Kolleginnen und Kollegen einen Empfang im Römer zu organisieren. Nein, nicht schlicht im historischen Römer, sondern im Kaisersaal ging der Empfang vonstatten. Diese geschichtsträchtige Stätte wird nicht allen Gästen, von offizieller Seite aus, als Begrüßungsort in Frankfurt zuteil. Die Begrüßungsrede für die Stadt wurde von Stadtrat Dr. Bernd Heidenreich gehalten, der eindrucksvoll den Bogen von den ehemaligen Kaisern zu den vielen auswärtigen Gästen spannte und somit internationalen Flair in die Veranstaltung brachte. Viele der auswärtigen Polizistinnen und Polizisten waren nicht das erste Mal in Frankfurt. Einer von Ihnen ist Antonio Ronconi, der dann eine in Deutsch verfasste Rede vor

den vielen geladenen Gästen vortrug. Der Polizeivizepräsident, Gerhard Bereswill bedankte sich im Namen der Kolleginnen und Kollegen bei der Stadt Frankfurt für die Einladung in den Frankfurter Römer. Von der Politik waren Stephan Siegler und Lilli Pölt, Ehrenpolizistin der GdP, bei der offiziellen Begrüßung zugegen. Nach dem offiziellen Empfang trafen sich die Polizistinnen und Polizisten aus aller Herren Länder zu einem Erfahrungsaustausch im Limpurgsaal, der direkt an den Kaisersaal angrenzt. Die Stadt servierte Wein von den städtischen Weingütern sowie Laugengebäck, so dass schnell in lockerer Atmosphäre Vergleiche zwischen den einzelnen Staaten angestellt werden konnten. Viele dieser ausländischen Kollegen hatten für den „Tag der offenen Tür“ zudem Streifenwagen aus ihren jeweiligen Ländern mitgebracht, die bereits vor dem Empfang im Römer am Polizeipräsidium für die Bevölkerung gut sichtbar am Haupteingang aufgestellt waren. Es ist aller Ehren wert, dass bei Besuchen von Polizistinnen und Polizisten der IPA die auswärtigen Gästen immer bei

den Kolleginnen und Kollegen der Verbindungsstelle Frankfurt untergebracht werden, so dass für diese keine weiteren Unterbringungs- und Verpflegungskosten anfallen, die die IPA tragen müsste. Diese Verfahrensweise wird weltweit innerhalb der „IPA-Familie“ so praktiziert, so dass auch schon echte und ehrliche Freundschaften entstanden sind. Der Vorstand der GdP wurde an diesem Abend erstmals zu diesem Empfang der IPA, Verbindungsstelle Frankfurt eingeladen und kam auch gern, um Kontakte zu knüpfen. Tags darauf versorgten sich die auswärtigen Kolleginnen und Kollegen dann am GdP-Stand mit Polizei-Accessoires, die dermaßen beliebt war, dass die wenigen Restbestände beiseite gelegt und in den IPA-Keller gebracht wurden. Die GdP muss an dieser Stelle der IPA, Verbindungsstelle Frankfurt, ein Lob und Dank aussprechen, wie sich die Mitglieder für das Wohl der auswärtigen Kolleginnen und Kollegen eingesetzt haben.

Bild: IPA; Text: Wolfgang Link

Tag der offenen Tür im Polizeipräsidium Frankfurt

Erfolg auf der ganzen Linie



Immer stark umlagert - der GdP Stand (grünes Dach)

Am 28. Mai 2011 war es wieder soweit. Das Polizeipräsidium Frankfurt hatte zum wiederholten Mal zum Tag der offenen Tür geladen. Für diese, bei der Bevölkerung sehr beliebten Veranstaltung hatte das Präsidium im Vorfeld Kontakt mit einer Schule, die das Plakat künstlerisch gestalten wollte. Unter mehreren Entwürfen wurde dann von einer unabhängigen Jury ein Entwurf ausgewählt, der einen sich aus einem Hubschrauber abseilenden Polizeibeamten mit einer Maschinenpistole zeigte. Das Plakat wurde somit von Externen gestaltet und ausgesucht.

Umso mehr verwunderte es uns als GdP, als plötzlich von der DGB-Jugend Vorwürfe gegenüber dem Polizeipräsidium kamen, dass es sich um einen „Gewalt verherrlichenden Entwurf“ handelte. Das Plakat wurde von Jugendlichen entworfen! Die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nahm deshalb auch Kontakt mit der DGB-Jugend auf. Wie überall jedoch gibt es einige Unbelehrbare, die alles anzweifeln und versuchen durch den Kakao zu ziehen. Diese leidvolle Erfahrung müssen wir als Gewerkschaft immer wieder machen, wenn gegen den Staat aufgebeht wird und man sich an den „wehrlosen Scheiben“ unserer Geschäftsstelle auslässt. Dann zeigt sich wie politisch unerfahren und ungebildet

diese Autonomen sind. Sollten sie auch noch einer Gewerkschaft angehören, so merken sie offenbar nicht, dass sie sich selbst schädigen. Gewinner ist der Staat!



Frau Dr. Caspari im Gespräch mit Sibylle Perrot

Die Reparaturkosten werden wohl oder übel von Mitgliederbeiträgen beglichen werden müssen, wodurch die berufstätigen und organisierten Bürger in Uniform geschädigt. Bei der Reparatur selbst reibt sich der Staat die Hände – nämlich mit 19% Umsatzsteuer durch Zerstörungswut einiger ahnungsloser Zeitgenossen beteiligt zu werden ist ja nicht ohne. Deshalb interessiert das den Staat wenig, ge-

schädigt ist hier der „Otto Normalverbraucher“. Und genauso ähnlich verhält es sich mit dem Plakat. Wir sind eine bürgernahe Polizei, sonst würden weder ein Tag der offenen Tür im Polizeipräsidium noch Bälle der GdP stattfinden. Das Ergebnis des Tages der offenen Tür müsste wohl DGB-Jugend und ständige Nörgler endgültig wachgerüttelt habe. Tausende von interessierten Frankfurter Bürgerinnen und Bürger nahmen an diesem Tag das Polizeipräsidium in Beschlag.

Das Aufbauteam der GdP war schon früh im Einsatz, wäre aber, wie auch die anderen Gewerkschaften auch, beinahe nicht in der Lage gewesen ihre Stände aufzubauen. Was war passiert? Tags zuvor wurden an den zugeteilten Standplätzen der Gewerkschaften Bänke und Tische im Auftrag der Organisationsverantwortlichen abgelegt, wie es in gemeinsamen regelmäßigen Vorbereitungstreffen vereinbart und

festgelegt wurde. Dass das auch so gemacht wurde, davon konnten sich alle am Nachmittag des 27.05.2011 überzeugen. Als aber die Aufbauteams am 28. Mai 2011, waren Bänke und Tische, wie von Zauberhand, nicht mehr am Ort. Jetzt war guter Rat teuer. Bekommen wir noch Bänke und Tische und können wir endgültig einpacken. Die beiden Verantwortlichen von der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Volle Innenhöfe während der Vorführungen

haben Gott sei Dank den polizeilichen Grundsatz „Reserve bilden“ befolgt und konnten uns, wenn auch mit erheblicher zeitlicher Verzögerung, die beantragten Garnituren zur Verfügung stellen. An ein gemeinsames Frühstück war nun nicht mehr zu denken, aber pünktlich bei Öffnung der Türen und Pforten waren alle einsatzbereit.

reitschaft unserer vielen Helfer noch höher einzuschätzen ist. Doch auch die vielen Kolleginnen und Kollegen, die der Bevölkerung die tägliche polizeiliche Arbeit näher bringen wollten, hatten fast keine Pausen. Unterstützt wurden sie durch die Kolleginnen und Kollegen der Polizeiakademie und des Hessischen Landeskriminalamtes. In den



Auch auf dem Außengelände drängten sich die Besucher

Dass die vielen Freiwilligen in unserem Team nicht komplett in ihrem Stand überrollt wurden, ist der Tatsache zu verdanken, dass sie schon öfters bei solchen Veranstaltungen geholfen haben und wussten, was auf die zukam. An solchen Tagen wollen alle ein kleines Accessoires aus dem Präsidium mitnehmen. Aus diesem Grund ist es auch nicht verwunderlich, dass der Stand der GdP von morgens bis abends umlagert war. Die Artikel wurden alle zum Selbstkostenpreis an die Besucher weiter geben, so dass die Einsatzbe-

Innenhöfen wurden durch die Beweis- und Festnahmeeinheiten praktische Übungen vorgeführt und Verhaltensweisen weitergegeben. Immer wieder fragten Besucher, ob die Polizeibeamtinnen und –beamten mit den ausländischen Uniformen auch „echt“ seien. Dem ist und dem war so! Wie so oft haben die Mitglieder der IPA Einladungen für Polizeibeamtinnen und –beamten aus aller Welt ausgesprochen. Wie zu sehen war, haben diese Kolleginnen und Kollegen die Einladungen auch gerne angenommen und wur-

den bereits am Vorabend des Tages der offenen Tür im Kaisersaal des Frankfurter Römers von offizieller Seite empfangen. Auch sie waren allesamt gerne bereit am Tag der offenen Tür zu helfen. Einige haben sogar von ihren Präsidien die Erlaubnis erhalten, Funkstreifenwagen mit nach Frankfurt zu bringen. Die anderen streiften zu Fuß mit den betreuenden Frankfurter Kolleginnen und Kollegen durch die Flure und Höfe des Präsidiums. Auf dem Außengelände und den angrenzenden Straßen, wie Polizeimeister-Kaspar-Straße und Bertramstraße, waren ebenfalls Einblicke in die tägliche polizeiliche Arbeit möglich. Auf der Bertramstraße wurde ein Unfall von seiner Entstehung bis zur Unfallaufnahme wirklichkeitsnah nachgestellt.



Die ausländischen Kollegen mit einem eigens mitgebrachten Streifenwagen

Damit die vielen Zuschauer dem Geschehen auch folgen konnten, wurde alles durch eine Kollegin von D 600 fachkundig moderiert. Leider konnten in diesem Jahr die Hub-schrauber der Bundespolizei nicht vor dem Präsidium als Anschauungsobjekte in Position gebracht werden, was durch die Bevölkerung sehr wohl wahrgenommen wurde, weil sich viele Fragen in diese Richtung erstreckten.

Ausgerechnet während dieses „Tages der offenen Tür“ fand in der Innenstadt von Frankfurt eine Demonstration statt, so dass einige Besucher auch noch leibhaftige Polizeiarbeit kennen lernen konnten. Alles in allem gesehen war es eine gelungene Veranstaltung und unsere vielen Helfer von der GdP gingen an diesem Abend total ausgepumpt aber dennoch über die Maßen zufrieden nach Hause. Keiner war mehr in der Lage an dem gemeinsamen Treffen der Helfer im Anschluss an die offizielle Veranstaltung teilzunehmen.

Text und Fotos: Wolfgang Link

Sommermärchen - Wiederholung oder Neuauflage?

Einsatzkräftebetreuung während der WM der Frauen in Frankfurt



HPR-Vorsitzender Jens Mohrherr, LPP Udo Münch und der Leiter der Abteilung Einsatz Harald Schneider im Gespräch mit Einsatzkräften

Als unmittelbar nach Festlegung der Austragungsorte bekannt geworden war, dass anlässlich der Fußball WM der Frauen 2011 insgesamt 4 Spiele, und davon ein Halbfinalspiel und das Endspiel, in Frankfurt am Main stattfinden werden, wurde an den Landesbezirk Hessen eine große Herausforderung gestellt. Denn schon schnell wurde klar, dass der Bundesvorstand sich nicht an der Betreuung beteiligen wird.

Warum – das kann leider niemand so richtig nachvollziehen und sagen. Schließlich waren wieder etliche Bundesländer und die Bundespolizei gefordert, zumal fast zeitgleich in Frankfurt die Innenministerkonferenz stattfand. Zu Spitzenzeiten befanden sich in der Tat tausende von Einsatzkräften zahlreicher benachbarter Bundesländer und die Bundespolizei im Stadtgebiet, um Demonstrationsteilnehmer von der Konferenz und den friedlich feiernden Fußballfans fernzuhalten. Aufgrund der gemachten Erfahrungen anlässlich des Confederation Cup 2005 und der Fußball-WM 2006 beauftragte der Landesbezirk Hessen die Bezirksgruppe Frankfurt erneut mit der Durchführung der Betreuungsmaßnahmen. In enger Zusammenarbeit mit dem Leiter der Abteilung Einsatz beim Polizeipräsidium Frankfurt

Einsatz zu bringen, ist alleine der Tatsache zu schultern, dass unsere Rentner und Pensionäre solchen Großereignissen entgegenfiebert und immer auf der Matte stehen. Schon im Frühjahr gingen zahlreiche Anfragen aus ganz Hessen bei der Bezirksgruppe Frankfurt ein, weil die Kolleginnen und Kollegen bei den geplanten Betreuungsmaßnahmen helfen wollten. Analog den Maßnahmen von 2005 und 2006 ging es dann ans Werk.

Dass wir als GdP absolut richtig mit unserer Einschätzung gelegen hatten zeigte die phänomenale Eröffnungsfeier in Frankfurt, die Berlin der Rang abgelaufen hatte, wie sich Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie die zahlreichen Printmedien auch schnell einig waren. Trotz Re-



Das GdP-Boot auf dem Weg zur Fanmeile, Bootsführer ist H. Fiedler, DGB-Vorsitzender

wurde ein Betreuungskonzept gestrickt, was die polizeilichen Maßnahmen unterstützend begleiten sollte. Angedacht wurde wiederum, neben den üblichen Betreuungsmaßnahmen, witterungsbedingt Speiseeis an die eingesetzten Kräfte auszuteilen.

Das war eine große Herausforderung an jedem Spieltag nahezu 2.000 Portionen Eis an die vielen Kolleginnen und Kollegen im Einsatz und im Regeldienst zu verteilen. Dass die GdP noch nie Schwierigkeiten damit hatte, ausreichend Betreuer für solche Aktionen in den

gen kamen 150.000 Zuschauer an den Main, um dieses einmalige Spektakel miterleben zu können.

Während in Berlin nur einige als Bälle getarnte Luftballons in den Himmel stiegen, war vor der Frankfurter Skyline eine gewaltige Laser-show mit Jetski-Darbietungen und vielem mehr auf dem Main. Nach etwa 2 Stunden endete die Eröffnungsfeier mit einem Feuerwerk auf dem Main. Die Feier war so gewaltig, dass selbst die öffentlich rechtlichen Fernsehanstalten außerplanmäßig am Samstagabend, zur besten Sendezeit, spontan nach



Auch die Besatzung des Polizeibootes wurde versorgt

Frankfurt zuschalteten. Einige Tage nach der Eröffnungsfeier, am 25. Juni in Frankfurt, ging dann am Donnerstag darauf auch das erste Spiel in Frankfurt los. Das war auch dann für die GdP der Startschuss die vielen Kolleginnen und Kollegen entlang der Fanmeile am Main zu betreuen. Schon am ersten Tag kam ein Kompliment, was schöner hätte nicht sein können.

Ein Kollege des Einzeldienstes schüttelte einem Betreuer die Hand und bedankte sich: „So kenne ich die GdP – während andere Urlaub machen seid ihr immer für uns da!“ Wenn diese Worte zu Beginn keine zusätzliche Motivation für die Einsatzbetreuer waren, haben sie vielleicht nicht richtig hingehört, weil das Wohl der Kolleginnen und Kollegen für sie immer an erster Stelle steht und sie ihre eigenen Interessen hinten anstellen.



Petra Moosbauer in der VIP-Lounge

Wer an den Folgetagen geglaubt hatte, dass der Besuch auf der Fanmeile am Mainufer abflaut, hatte sich gewaltig getäuscht. Selbst nach dem frühen Ausscheiden der deutschen Damennationalmannschaft war das Mainufer jeder Zeit voll ausgelastet.

Aufgrund des gewaltigen Rahmenprogramms, drängten sich die Zuschauerscharen rechts und links des Mains, so dass wir letzten Endes gezwungen waren, neben bereits eingesetzten Betreuerfahrzeugen auch noch Boote zu Wasser zu bringen, um zu den Einsatzkräften vor-

zudringen. Auf dem Landweg und den Uferpromenaden war kein Durchkommen. Harald Fiedler, Regionsvorsitzender des DGB und Heinrich (Henry) Heine, langjähriges Mitglied der GdP, stellten uneigennützig spontan ihre Boote zur Verfügung, so dass alle Einsatzstellen angefahren werden konnten. Die Kolleginnen und Kollegen konnten unschwer erkennen, wann die Boote sich näherten, denn anstatt einer Landesflagge wehten die

Es konnten zahlreiche Gespräche geführt werden, wobei es wenig Anlass zu Kritik gab, so dass die vor Ort verteilten Notizhefte der GdP ihre eigentliche Zweckbestimmung nicht fanden – nämlich kritische Bemerkungen schriftlich festzuhalten und an die Betreuer Teams weiter zu geben. Die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen waren auch voll des Lobes für die ausgeteilte Einsatzverpflegung. Auch wir konnten uns überzeugen, dass der Standard



Ein Hauch von "Titanic": Jens Mohrherr und Peter Wittig

GdP-Fahnen an den Masten. Die Einsatzbetreuer der GdP wurden schon sehnsüchtig erwartet, da Speiseeis bei Erwachsenen ebenso wie bei Kindern außerordentlich gut ankommt.

der WM 2006 beibehalten wurde. Alle Anforderungen des Leitfadens 150 wurden erfüllt.

Essen wurde in Büffetform gereicht und jeder konnte sich an den hygienisch nicht zu beanstandenden Büffets bedienen – also hatten



Vorbereitung auf der GdP-Geschäftsstelle in Frankfurt: Lothar Keller, Jürgen Aschenbrenner, Wolfgang Förster

die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen „All-Inclusive-Verpflegung“, obwohl das nicht unbedingt selbstverständlich ist. Ein kleiner Wehrmutstropfen gab es doch; ins Stadion konnten die Betreuer nicht gelangen, um die dortigen Kolleginnen und Kollegen zu versorgen. Lediglich in den Außenbereichen konnten die eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Frankfurt mit Eis versorgt werden.

Gereicht wurde Langnese-Eis, das von der Bezirksgruppe Süd Hessen organisiert wurde. Die FIFA hatte wieder einmal andere Sponsoren, so dass das Verteilen im zu akkreditierenden Bereich, wie schon 2006, untersagt wurde. Doch Not macht erfinderisch und wir wären nicht die GdP, wenn wir uns in solchen Situationen nicht zu helfen wüssten.

Durch den engen Kontakt zur Einsatzleitung war bekannt, dass die Einsatzkräfte fürs Stadion sich im Polizeipräsidium sammeln. So war ein mobiler Betreuertrupp jeweils zu den Meldezeiten im Präsidium und verteilte den Nachtisch in Form vom Speiseeis, das aufgrund der Witterung auch gerne entgegen genommen wurde. Es wurde auch nicht darauf geachtet, ob jemand zwei oder gar 3 Portionen nahm – wie schon eingangs gesagt – 2.000 Portionen täglich müssen erst mal an den Mann/die Frau gebracht werden. Äußerst positiv wurde aufgenom-



Nur zufriedene Gesichter auf dem Boot. Bootsführer ist Heinrich (Henry) Heine, Leiter E4 in Frankfurt und GdP-Mitglied

men, dass unser Innenminister Boris Rhein, der Landespolizeipräsident Udo Münch und der Leiter der Abteilung Einsatz in Frankfurt Harald Schneider ihre „Truppen“ nicht alleine ließen.

Einzelnen oder im „Dreierpack“ erschienen sie immer wieder auf der Fanmeile und im Stadion und konnten sich von der Motivation der eingesetzten Beamtinnen und Beamten überzeugen. Die Mitglieder der GdP, die die Betreuung vor Ort wahrnahmen, wurden sehr wohl von den Veranstaltern der FIFA und denen der Stadt Frankfurt wahrgenommen, so dass für alle überraschend am 3. Spieltag in Frankfurt eine Einladung für die GdP-Betreuer in die VIP-Lounge am Sachsenhäu-

ser Ufer ausgesprochen wurde. So konnten sich die sechs Betreuer von DGB und GdP einmal dort bewegen, von wo während der WM-Tage täglich das Frühstücksfernsehen von ARD und ZDF ausgestrahlt wurde.

An diesem Abend kamen auch von offizieller Seite Eintrittskartenangebote zum Besuch des Spiels Schweden gegen Japan. Die Betreuer waren jedoch an diesem Abend, von der ganztägigen Betreuungsmaßnahme, so „platt“, dass sie es vorzogen zu Spielbeginn die Maßnahmen abzubrechen und nach Hause zu fahren. Als Fazit bleibt, dass diese Betreuung

g anlässlich der Frauen Fußball WM keine Wiederholung des Sommermärchens von 2006 war, weil die deutsche Mannschaft leider schon früh die Segel streichen musste. Allerdings war sie für die GdP eine Neuauflage unter anderen Vorzeichen, jedoch mit demselben Ergebnis. 1:0 für die GdP und das ungefährdet und konkurrenzlos!

Text und Fotos: Wolfgang Link



Der Präventionsbus des HLKA mit Beamtinnen und Beamten von E4 und PÖA auf dem Schau-mainkai in Sachsenhausen



Hessische GdP erstmals auf dem Hessentag in der Landesausstellung vertreten

Der 50. Hessentag wurde in diesem Jahr in Oberursel gefeiert. Grund genug auch für die Gewerkschaft der Polizei, erstmals in der Landesausstellung einen Informationsstand, in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, am ersten Hessentagswochenende zu betreiben.

Freiwillige Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der hessischen GdP waren schnell gefunden, die sich der Idee gerne angeschlossen haben. Der DGB ist in jedem Jahr anlässlich der Hessentage mit seinen Mitgliedsgewerkschaften in der Landesausstellung mit einem Stand vertreten.

So hatte die GdP am ersten Wochenende des 50. Hessentages die Gelegenheit, über die Gesamtkapazität des Informationsstandes von knapp 25 Quadratmetern uneingeschränkt verfügen zu können.

Dabei durften natürlich auch die themenbezogenen Plakate und Informationsbroschüren aus dem polizeilichen Alltag nicht fehlen. Die ausgelegten und kostenlosen Fachbroschüren waren im Übrigen der Renner bei vielen Hessentagsbesuchern am GdP Stand.

Häusliche Gewalt, Kinder- und Jugendkriminalität, Gewalt an Schulen, Drogenkriminalität und Sexueller Missbrauch an Kindern und Jugendlichen waren sozusagen die „Renner“ und fanden reißenden Absatz. Auch die Hessische Polizeistiftung partizipierte vom Informationsstand der GdP. Uns wurde eigens ein Bereich zur Verfügung gestellt, wo wir in vielen Gesprächen mit unzähligen Interessierten Besucherinnen und Besuchern der Landesausstellung über die Aufgaben und Ziele der Hessischen Polizeistiftung sprechen konnten.

Entsprechende Infolyer wurden verteilt und Give-Aways der Polizeistiftung wurden gleichermaßen gerne mitgenommen.

Die GdP unterstützte uns zudem, indem wir die GdP – Kindermalbücher verteilen konnten. Diese wurden unentgeltlich an hunderte Kinder verschenkt - sehr zur Freude der



Eltern natürlich. Und um das besondere Wirken der Hessischen Polizeistiftung noch spürbar zu unterstützen, hatte der Bezirksgruppenvorsitzende der GdP Bezirksgruppe Westhessen, Peter Wittig, eine besondere Idee zur Umsetzung gebracht. An unserem GdP- Stand wurden kleine Werbegeschenke zu Gunsten der Hessischen Polizeistiftung gegen einen Spendenbetrag verkauft.

So kamen am Samstagabend insgesamt 300.- Euro für die gute

Sache zusammen. Das Geld für den guten Zweck wurde am Samstagabend vom GdP Bezirksgruppenchef an den Vorsitzenden der Hessischen Polizeistiftung übergeben.

In der Landesausstellung präsentierten sich auch alle im Hessischen Landtag vertretenen Parteien. Hier konnten am Tag der Vereidigung des hessischen Polizeinachwuchses die GdP'ler in Gesprächen bei anwesenden Abgeordneten des Hessischen Landtages der Fraktionen für die zeit- und inhaltsgleiche Über-

nahme des Tarifabschlusses auf die hessischen Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamten werben.

Pikanterie am Rande: einige Abgeordnete waren über die Proteste der GdP erstaunt und haben daraufhin spontan zugesagt, im Rahmen des anstehenden Gesetzgebungsverfahrens, seit Anfang Juni

2011 liegt ein Gesetzantrag der Regierungsfractionen diesbezüglich vor, der eine nicht zeit- und inhalts-gleichen Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten vorsieht.

Die GdP Vertreter ließen bei ihren Gesprächen mit den Politikern keinen Zweifel daran, dass die besondere Situation der Polizeibeamtin-

nen und Polizeibeamten zu berücksichtigen sei.

Wir werden spätestens in der öffentlichen Anhörung im August im Hessischen Landtag zum vorgelegten Gesetzentwurf der CDU / FDP Fraktion dazu mehr erfahren. Nehmen wir die politisch Verantwortlichen beim Wort!

JM

Die Hessische Polizeistiftung

Der Erfolg polizeilicher Arbeit stellt sich immer nur dann ein, wenn ein partnerschaftliches Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes besteht. Die hessische Polizei ist bürgernah und bürgerfreundlich. Das beweisen die Polizeibeschäftigten Tag und Nacht im Rahmen ihrer Dienstverrichtung. Gerade die hessenweiten durchgeführten „Tage der offenen Türen“ in den Polizeipräsidien und der immense Zuspruch durch die Bevölkerung bestätigen eindrucksvoll das gute Verhältnis zwischen Gesellschaft und Polizei.

Als Sicherheitsinstitution genießt die Polizei ein hohes Maß an Vertrauen und die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land lehnt Gewalt gegen Polizeibeschäftigte ab. Weit mehr Vertrauen wird in die Arbeit der Polizei gesetzt als in die der Politiker! Zum Selbstverständnis des Polizeiberufes gehört es jedoch, dass sich Polizistinnen und Polizisten in Gefahr begeben müssen. Häufig müssen wir in der medialen Berichterstattung zur Kenntnis nehmen, dass die Arbeit der Polizei häufig mit dem Einsatz von Leib und Leben verbunden ist. Nicht selten werden bei besonders schweren Einsätzen unsere Polizeibeschäftigten schwer verletzt oder gar getötet.

Dabei ist festzustellen, dass nach der vielleicht spektakulären Berichterstattung das Ereignis schnell in Vergessenheit gerät. Im Bewusstsein der schnelllebigen medialen Welt sind täglich wechselnde Schlagzeilen gegenwärtig. Viele Polizeibeschäftigte haben sich sicherlich schon oft gefragt: was geschieht, wenn mir etwas zustößt mit meiner Familie? Unseren Dienstherrn sind dabei häufig enge Grenzen gesetzt, auch wenn die Versorgungsrege-

lungen in den letzten Jahren nicht verschlechtert wurden.

In diesen Fällen dann zu helfen, Betroffenen und Angehörige nicht im Stich zu lassen, hat sich die Hessische Polizeistiftung nach ihrer Gründung im Jahre 1972 durch den damaligen Innenminister des Landes Hessen zur Aufgabe gemacht. Diejenigen Polizeibeschäftigten, die in ihrem Dienst für die Allgemeinheit Schaden erlitten haben, haben eine Solidarität verdient.



Die Hessische Polizeistiftung betreut oft über Jahre hinweg die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sowie deren Familien und Angehörigen. Im Vorstand der Hessischen Polizeistiftung sind folgende Mitglieder vertreten: der Landespolizeipräsident, der Vorsitzende des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei sowie ein weiteres Mitglied des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei.

Darüber hinaus werden wir durch unsere Geschäftsführerin, Frau Silke Wendling, unterstützt.

Die Hessische Polizeistiftung ist eine Stiftung des bürgerlichen Rechts, sie ist mildtätig und gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung.

Beispiele unserer Unterstützungen sind:

- | Gewährung von Sonderurlauben an im Dienst Schwerverletzte zur schnelleren Regeneration.
- | Finanzielle Unterstützung von Angehörigen getöteter Polizeibeschäftigter bei Eintritt von wirtschaftlichen Notlagen, die zum Teil existenzbedrohend sein können.
- | Einmalige Weihnachtsunterstützung von ehemaligen Polizeibeschäftigten, deren Ruhestandsbezüge unter dem Sozialhilfesatz liegen.

Ihre Mittel erhält die Hessische Polizeistiftung u.a. auch durch Spenden aus der Bevölkerung, von Institutionen sowie der freien Wirtschaft. Des Weiteren fließen ihr Bußgelder aus Strafverfahren zu. Darüber hinaus kann auch eine Fördermitgliedschaft bei der Hessischen Polizeistiftung eine wirksame Unterstützungsleistung sein, um speziell Langzeitfälle noch besser betreuen zu können.

Als Vorsitzender der Polizeistiftung bedanke ich mich bei allen Fördermitgliedern und Gönnern für ihre Spendenbereitschaft! Gerne stehen wir für weitere Auskünfte unter folgender Anschrift zur Verfügung: Hessische Polizeistiftung, Friedrich Ebert Allee 12, 65189 Wiesbaden, Tel.: 0611 – 353 1773.

Jens Mohrher
Vorsitzender der Hessischen
Polizeistiftung

Zentrale Vereidigungsfeier der Polizei auf dem 50. Hessentag in Oberursel

Zum Zeitpunkt der Vereidigung befand sich der letzte Polizeireport bereits im Druck. Wir wollen es nicht versäumen, unsere angehenden Kolleginnen und Kollegen in dieser Ausgabe zu begrüßen.

Bei hervorragendem Wetter, im letzten Jahr regnete es bekanntlich in Strömen, und toller Organisation durch die Verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei, wurde die diesjährige Vereidigung auf dem Jubiläumshessentag im „Rushmoorpark“ unter freiem Himmel durchgeführt. Viele Angehörige, Eltern, Freunde und Bekannte hatten sich gleichermaßen mit aufgemacht, um dieses feierliche Ereignis miterleben zu können.

Das Procedere, welches eigentlich in jedem Jahr protokollarisch dem Vorjahr gleicht, war in diesem Jahr etwas anders. Das Landespolizeiorchester begrüßte die Anwesenden mit einem Marsch.

Der hessische Innenminister und damit oberster Dienstherr ließ es sich nicht nehmen, die Vereidigungszeremonie selbst durchzuführen und den 550 angehenden Beamtinnen und Beamten „den Eid auf die Verfassung“ abzunehmen. Zuvor war dies immer dem Präsidenten der Einstellungsbehörde vergönnt. Die Aufgabenwahrnehmung als Einstellungsbehörde der hessischen Polizei ist wurde zum 1. Juni 2011 der Hessische Polizeiakademie übertragen, die in diesem

Herausforderungen, die der Polizeiberuf nun mal mit sich bringt, deutlich hin. Was am Rande noch festgestellt werden konnte war die Tatsache, dass einige Väter ihren Kindern den Polizeiberuf empfohlen hatten. So ist es zu erklären, dass viele stolze und altgediente Schutzleute ihren an diesem Tag zu vereidigenden „Nachwuchs“ stolz begleiteten.

Wir, die größte Berufsvertretung für die hessischen Polizeibeschäftigten freuen uns auf ein Miteinander mit den „frisch“ vereidigten Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst. So schließe ich am Ende mit einem Zitat eines Kollegen: „Hoffentlich sehen wir alle (gemeint waren die 550 frisch vereidigten) bald



Alle amtierenden Behördenleiter und weitestgehend alle ihre Vertreter erwiesen mit ihrer Anwesenheit den angehenden Kolleginnen und Kollegen ihren Respekt und ihre Anerkennung. Im Leben eines Polizeibeamten findet nämlich nur einmal eine Vereidigung statt.

Jahr übrigens ihr sechzig jähriges Bestehen im September feiern wird.

Der Ministerpräsident hatte seine Festansprache in gewohnter Manier vorgetragen, was ihm als ehemaligem langjährigem Innenminister nicht schwer fiel. In seiner Festansprache wies Volker Bouffier auf die

in den Dienstgruppen und den Kommissariaten wieder! Dort werden sie gebraucht!

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Jens Mohrherr

„Tour de Courage“



Die 30 Frankfurter Teilnehmer der „Cour de Courage“ wurden am 01. August 2011 bei strahlendem Sonnenschein vom Römerberg aus in Richtung Berlin verabschiedet.

Weitere Kolleginnen und Kollegen starteten in Bayreuth und Dortmund für diese Aktion

„Tu was – Für mehr Zivilcourage“.



Auf der 6-tägigen Radtour wurden insgesamt 8 Bundesländer durchfahren. Am Freitag trafen die Radler in Potsdam zusammen, um dann am Samstagmorgen gemeinsam, nach gut 600 km Fahrstrecke, durch das Brandenburger Tor zu fahren.

Dort endete die Sternfahrt mit der Schlusskundgebung am Brandenburger Tor.
B.u.T.: PM

„Uns bleibt die Luft weg!“

Eine riesengroße Unterstützung durch die Bevölkerung hat die GdP an ihrem Aktionstag erfahren.

Am 13. August wurden die Bürgerinnen und Bürger in Darmstadt, Gießen, Wiesbaden, Offenbach und in Frankfurt auf die Aktion „Auch Mensch“, auf die Ungerechtigkeiten bei der hessischen Polizei aufmerksam gemacht.

Mit zahlreichen Unterschriften wurde die Postkartenaktion der GdP durch die Öffentlichkeit unterstützt.



Wir danken allen, die mit Ihrer Unterschrift dafür gesorgt haben, dass wir am 17. August zur öffentlichen Anhörung im Innenausschuss nicht mit leeren Händen kommen mussten.

Nur gemeinsam sind wir stark!



Wo bleibt der Aufschrei?

Rundschreiben von Thomas Walter sollte Kolleg/innen wachrütteln

Vorbemerkung:

Auch wenn dieses Rundschreiben heute schon fast veraltet ist, so ist es doch ein Beweis dafür, dass sich GdP-Kolleg/innen Gedanken gemacht haben, wie man sich gegen die Willkür der CDU/FDP-Landesregierung zur Wehr setzen kann. Deshalb soll es auch hier im Report abgedruckt werden. Die GdP hat hessenweit einige Aktionen in Gang gesetzt, um nicht nur die Kolleg/innen aufzumuntern, etwas gegen die Politiker zu unternehmen. Dazu gehörten Anschreiben an die Landtagsabgeordneten nach dem Motto: „Jetzt reicht es - wir wehren uns“, eine Postkartenaktion und dezentrale Info-Stände, um die Bevölkerung zu sensibilisieren.

Beamt/innen werden betrogen

Die Tarifrunde 2011 konnte für die Tarifbeschäftigten in Hessen mit einem recht guten Ergebnis abgeschlossen werden. Das ist aber auch der einzige positive Satz in meinem Beitrag.

Wie dann fast zu erwarten war, soll die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten zeitlich abgekoppelt- und die Einmalzahlung ersatzlos gestrichen werden. Mit einer Verschiebung um drei Monate und der Gewährung der Einmalzahlung hätten wir auch noch gut leben können. Aber nun stellt sich unser Innenminister hin und verkündet, das Ergebnis würde eins zu eins für die Beamten übernommen. Er verschweigt hierbei jedoch, dass wir in diesem Jahr um sechs Monate von der Einkommensentwicklung abgehängt werden und nicht die Einmalzahlung von 360 Euro bekommen. Und beim zweiten Teil der Erhöhung im kommenden Jahr sind es sogar sieben Monate, die die Polizei auf eine Gehaltserhöhung warten muss.

Aktionen sind gefordert

Liebe Kollegen, das dürfen wir uns so nicht gefallen lassen. Wir haben in den vergangenen Jahren schon viel zu viele Kröten geschluckt, und stets wurden diese Streich-/Kürzungsaktionen fast wi-

derspruchslos hingenommen. Das Gemeckere und Gemaule hierbei werde ich nicht als Protest. Es zeigt maximal die Hilflosigkeit der Beamtenschaft (Lehrer ausgenommen – die wissen, wie man sich wehren kann!!!! Und die trauen sich auch noch!!!!).

gens zwingen, einen Verwarnungsgeldblock zu besitzen. Bekanntlich können OWi auch auf anderem Wege verfolgt werden.

Dies soll nur ein Beispiel für unseren Protest sein. Wer bessere Vorschläge hat, wird hiermit aufgefordert, diese an die GdP-Funktionäre



Einmal mehr brachte es der Karikaturist Tomicek auf den Punkt: Die hessische Polizei wird ausgequetscht, die Landtagsabgeordneten bekommen ihre Diäten erhöht.

Momentan herrscht große Stille im Land und ich habe den Eindruck, viele Kolleg/innen haben sich schon mit dem Ergebnis abgefunden. Nirgendwo kann ich ein Konzept für Protestaktionen erkennen. Nun habe ich auch nicht den Stein der Weisen gefunden, aber mir immerhin einige Gedanken gemacht. So könnte man z.B. medienwirksam unsere Verwarnungsgeldblöcke einsammeln und in Wiesbaden abliefern. Ich wäre auch noch mit der Abgabe der Blöcke in den Geschäftszimmern einverstanden. Das würde ein Zeichen setzen, dass wir nicht mehr gewillt sind, alles hinzunehmen. Niemand kann uns übr-

zu übermitteln. Vor allem fordere ich jetzt schon alle Beamt/innen auf, sich an den künftigen Aktionen zu beteiligen. Nur durch geschlossenes Handeln können wir die Politiker von ihrem Irrweg abbringen. Freiwillig bewegen die sich nie auf uns zu. Sie nehmen höchsten freiwillig ihre neue Diätenerhöhung mit einem Schmunzeln in Empfang.

Lasst Euch doch nicht länger für dumm verkaufen. Bewegt euch. Jetzt – verdammt noch mal!

Thomas Walter,
Vors. KG Odenwald

Politik geht uns an den Kragen

Änderung des Beihilferechts eine Bestrafung für Beamt/innen

„An den Kragen gehen“ heißt, jemanden bestrafen wollen. Das was die Politik, und hier insbesondere die hessischen Regierungspolitiker von CDU und FDP machen, nämlich die Beihilfe zu kürzen und den Beamt/innen die Tarifierhöhung erst viele Monate später zu gewähren, ist eine Bestrafung. Nimmt man dazu noch das Dienstrechtsmodernisierungsgesetz I, das unter anderem die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizeibeamt/innen brachte, und das Gesetz Nummer II, von dem auch nichts Positives für den öffentlichen Dienst zu erwarten ist, dann werden alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst schnell merken, wie ihnen die Politiker „an den Kragen gehen“ oder vielmehr an den Geldbeutel. Der wird nämlich immer leerer, gemessen an der Inflation und an dem, was wir mehr ausgeben müssen für unsere Gesundheit.

Es trifft vor allem Familien mit Kindern

Normalerweise versteht man unter Reformen eine Verbesserung des Bestehenden. Das kann man allerdings bei den Dingen, die die deutschen Politiker in den vergangenen Jahren als Reformen verkauft, nicht sagen. Unter diesem Aspekt kann man auch die Änderung der Hessischen Beihilfeverordnung (HBeihVO) sehen.

Hier werden, um es mit den Worten von Ministerpräsident Volker Bouffier zu sagen, damals noch hessischer Innenminister, 30 Millionen Euro pro Jahr gespart. Dem ist nichts hinzuzufügen, wenn man nicht auf dem Rücken von Familien mit Kindern sparen würde. Die trifft es nämlich mit dem jetzt vorliegen-



Es war auch für die Mitglieder des GdP-Vorstands nicht immer einfach, die verschiedenen Änderungen der Beihilfeverordnung zu verstehen. nw

den Entwurf zur Änderung der Beihilfeverordnung am härtesten. Da darf man sich nicht wundern, wenn sich DGB und die öD-Gewerkschaften dagegen wehren. Diese Änderung ist eine der Auswirkungen der Schuldenbremse, für die die Bürger/innen bei der Landtagswahl 2009 gestimmt haben. Sie trifft in erster Linie die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, auch die Beamt/innen, wie man jetzt an der Umsetzung des Tarifergebnisses sieht. Statt „1:1“, wie anfangs noch von Innenminister Boris Rhein gesagt wurde, gibt es jetzt eine erste Gehaltserhöhung sechs Monate später wie bei den Tarifbeschäftigten und es gibt keine Einmalzahlung von 360 Euro.

Die zweite Stufe der Erhöhung folgt dann noch einmal sieben Monate später wie die Erhöhung für die Tarifbeschäftigten. Dafür haben die Landtagsabgeordneten sich aber die Diäten, also ihre Gehälter, um 2,8 Prozent erhöht. Dafür könnten sie nichts. Das sei ein Gesetz – allerdings ein Gesetz, das sie sich selbst gegeben haben. Wer hindert diese scheinheiligen Damen und Herren aller Couleur eigentlich daran, ein Gesetz zu schaffen, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen auto-

matisch auf die Beamt/innen übertragen werden.

Änderung ist keine Verwaltungsvereinfachung

Blieben wir aber bei der Beihilfeverordnung. Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands und Vorsitzende von Personalräten haben sich sachkundig gemacht. Das alles, was ihnen der sachkundige Mann von der Beihilfestelle erklärt hat, in einen möglichst kurzen Artikel zu bringen, ist kaum möglich. Dafür ist die Materie viel zu komplex. Das ist ähnlich wie bei einer Steuererklärung, wo man besser mit einem Berater zu Recht kommt als alleine. Plakativ kann man aber fünf wesentliche Punkte nennen. Zunächst einmal ist festzustellen, dass es hier, wie vollmundig angekündigt, keine Verwaltungsvereinfachung geben wird, sondern eine erhebliche Verwaltungsmehrarbeit im Abrechnungsverfahren, so sagen es zumindest die Fachleute, die täglich mit dieser Verordnung umgehen müssen. Wesentliche Änderungen will der Innenminister vornehmen bei der Streichung der Sachleistungsbeihilfe für die freiwilligen Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen, bei der Streichung der

Beihilfeberechtigung	heute	künftig	es fehlen
Beihilfeberechtigte(r) ledig für stationäre Aufwendungen	65%	50%	15%
Ehefrau des Beihilfeberechtigten ohne Kinder für stationäre Aufwendungen	70%	50%	20%
Beihilfeberechtigte(r) verheiratet mit zwei Kindern für ambulante Aufwendungen	65%	50%	15%
dto. für stationäre Aufwendungen	80%	50%	30%
Versorgungsempfänger verheiratet für stat. Aufwendungen	80%	70%	10%

Beihilfe für Arbeiter und Angestellte, bei der massiven Senkung der Bemessungssätze für aktive Beamte und der Streichung des 15prozentigen Zuschlags für stationäre Behandlungen. Daneben werden auch die Material- und Laborkosten bei der Zahnbehandlung, die bisher mit 60 Prozent beihilfefähig waren, künftig nur noch zu 50 Prozent beihilfefähig sein. Das gilt auch für die Versicherten der Freien Arzt- und Medizinkasse (FAMK). Durch diese massiven Senkungen der Leistungen wird es dazu kommen, dass bei den freiwillig in einer gesetzlichen Krankenkasse Versicherten durch den Verlust der Sachleistungsbeihilfe Einnahmen fehlen werden, da die Beihilfe bis zu Höhe der Hälfte der gezahlten Beiträge komplett wegfällt. Folglich sind Beamte/innen, die in der Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenkassen versichert sind, wesentlich schlechter gestellt, als die vergleichbaren Angestellten. Die Angestellten erhalten zumindest hälftig den Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung von Arbeitgeber zugesteuert.



Hermann Müller, Seniorenvertreter von Osthessen, hier mit Gerhard Kaiser von der Gewerkschaft ver.di, hat die Diskussion um die Änderung der Beihilfeverordnung in die Wege geleitet. nw

für die Krankenversicherung aufwenden müssen. Zwar will der Verordnungsgeber künftig für die Kinder einen Bemessungssatz von 80 Prozent gewähren, das ist aber nur Augenwischerei, da die Aufwendungen für den Versicherungsbeitrag der Kinder sehr gering sind.

Recht glimpflich weg kommen die

Beihilfe für Heilpraktikerleistungen?

In dieser Veranstaltung wurde durchaus streitig diskutiert, ob dem Innenminister vorgeschlagen werden sollte, die Beihilfe auf die Heilpraktikerleistungen zur Disposition zu stellen. Letztlich ist es aber nicht Aufgabe einer Gewerkschaft, die Hausaufgaben des Ministers zu machen.

Wie sagte ein Fachmann: „Geht es dem Verordnungsgeber nur um eine Kostensenkung, bedarf es keiner Systemänderung des hessischen Beihilferechts. Die Festlegung eines jährlichen Selbstbehalts, gegebenenfalls gestaffelt nach der Höhe der Bezüge, wäre hier einfachst umzusetzen und bei angemessener Höhe auch vertretbar“.

Norbert Weinbach



Aufmerksame Zuhörer bei der Informationsveranstaltung zur neuen Beihilfeverordnung. nw

Bei den im aktiven Dienst beschäftigten Beamte/innen wird es durch die Änderung der Bemessungssätze zu starken Beitragsanpassungen kommen, die insbesondere bei den Beamte/innen mit Kindern zu monatlichen Beitragssteigerungen führen werden. Nach ersten Auskünften von Versicherungsberatern müssen sich die im aktiven Dienst befindlichen Beamte/innen auf massive Beitragssteigerungen einstellen. Die Notwendigkeit, sich zumindest beihilfekonform zu versichern, führt dann dazu, dass Beamte/innen in den unteren Einkommensgruppen bis zu 26 Prozent des Einkommens

Pensionär/innen bei der jetzt vorgesehenen Änderung. Ganz ungeschoren bleiben aber auch sie nicht, wenn es um die stationäre Behandlung geht.

Wie sich die Bemessungssätze künftig gestalten sollen, ist in der nachfolgenden Übersicht zusammengestellt.

Wie die Bemessungssatzsituation sich für jeden Einzelfall gestalten wird, kann hier natürlich nicht dargestellt werden, aber für uns alle sollte klar sein, dass die fehlenden Bemessungssätze über die private Krankenversicherung nachversichert werden müssen.



Der Südschwarzwald mit seinem Markgräfler Land – Eine kulinarische Reise durch dieses Gebiet

Wie schon im letzten Polizeireport angekündigt, will ich versuchen, in lockerer Folge, Berichte über Reisen, Gaststätten und sonstigen Freizeitangeboten zu schreiben.

Heute geht es um den südlichen Bereich des Schwarzwaldes, das Markgräfler Land.

sezeit für den Schwarzwald der Herbst. Bei Beginn der Weinlese im Markgräfler Land, bebt dieses Gebiet regelrecht. Ob man nun als Wanderer oder lieber die kulinarische Komponente liebt, all dies wird hier in ausreichender Weise geboten.

pages der einzelnen Weinbauern, informieren sollte.

Man kann davon ausgehen, dass im Herbst, also ab der Weinlese Ende September/Anfang Oktober, fast alle Straußenwirtschaften geöffnet sind. Ein Manko haben alle Straußi; sie sind so beliebt und das



Teil des Gastraumes vom Lorenz-Straußi

Das Markgräfler Land ist für Bewohner des Rhein-Main Gebietes sehr verkehrsgünstig zu erreichen und lässt sich in bequemen 3 Stunden ab Frankfurt, über die A5 anfahren. Hier lohnt schon ein Wochenendtrip.

Das dortige Gebiet wird gerne als die „Toscana Deutschlands“ beschrieben. Tatsächlich empfinde auch ich es so, zumal man hier mediterranes Klima erleben kann. Die Sonnentage sind hier nachweislich mehr als im übrigen Deutschland. Zeitlich gesehen, ist die ideale Rei-

Ich gehe heute mehr auf das kulinarische Thema ein.

In Weinbaugebieten, so auch im Markgräfler Land, gibt es kleine Weinlokale, die in der Regel durch die ortsansässigen Winzer betrieben werden. Im Markgräfler Land heißen diese Lokale „Straußi“ und sind jeweils an den Wegefahnen zum Lokal mit einem Besen und bunten Flatterbändern gekennzeichnet. Straußi sind nur zu bestimmten Zeiten im Jahr geöffnet, weshalb man sich auch immer vorher, beispielsweise auf den Home-

auch bei den Einheimischen, dass es manchmal schwer ist, ein schönes Plätzchen im Lokal oder auch im angrenzenden Garten zu bekommen. Sollte einmal kein Platz sein, meine Empfehlung, nicht gleich wegrennen, warten sie 10 Minuten, es wird bestimmt ein Platz frei.

Straußenwirtschaften bieten meist den von den Bauern selbst angebauten Wein und dazu die einfachen, aber immer leckeren Gerichte. Die Portionen sind für hungrige Mägen, der Preis ist günstig. In vielen Lokalen wirkt sich die Nähe zu

Frankreich deutlich aus. Die meisten Straußi haben neben ihrer großen Auswahl an Gerichten meist noch Käse zu wirklich zahlbaren Preisen im Angebot.

Als Weinempfehlung sei der nur dort angebaute „Gutedel“ erwähnt.

Bei dieser Gelegenheit darf die „Schwarzwälder Kirsch Torte“ nicht vergessen werden. Eine der besten Kirschtorten habe ich auf einem Bauernmarkt im französischen „Chalampe“ gegessen. Produzent dieser Torte ist eine Bäckerei/Konditorei in Müllheim, unmittelbar an der französischen Grenze. Jeder Autofahrer sei vor dieser Torte gewarnt. Der Konditormeister verriet mir, dass er in einer Torte 750 ml Schwarzwälder Kirschwasser verarbeitet. Ich spürte die entsprechende Wirkung schon nach dem Genuss eines halben Stückes.

Für Kollegen mit Kindern sei noch kurz der Steinwasenpark im Hochschwarzwald erwähnt. Dieser Park kann schon als eine besondere Attraktion erwähnt werden. Mit der „Hochschwarzwald-Card“, kann dieser Park und weitere 50 interessante Ziele kostenlos besucht werden.

Als Gast im Schwarzwald erhalten Sie weiterhin die „KONUS-Card“. Diese Karte berichtet Sie und ihre Familie, kostenlos in diesem Gebiet, mit den Regionalbahnen zu fahren. Einmal schnell von Badenweiler nach Freiburg, ohne Stress und Parkplatzsuche, ist wie ich meine ein attraktives Angebot.

Ferienwohnungen lassen sich über die verschiedenen Touristikbros der einzelnen Städte oder im Internet buchen.

Campingplätze, darunter einige gute Plätze, gibt es im Markgräfler Land sehr viele. Nicht immer ist die Empfehlung im ADAC-Campingfhrer die absolut beste, hören sie ruhig auf die Empfehlung anderer Camper.

So kann es passieren, dass ein Platz im südlichen Schwarzwald vom ADAC hochgelobt wird, jedoch nach Meinung und Erfahrung vieler Besucher einem kleineren Platz in der Nähe, insbesondere wegen der Sauberkeit im Sanitärbereich, nicht das Wasser reichen kann.

Noch ein paar Straußi-Empfehlungen:

Wenn sie eine besondere Straußi erleben wollen, sei das „Lorenz-Straußi“ genannt.



Das Lorenz-Straußi befindet sich in Ehrenkirchen-Kirchhofen und wurde vor etwa 10 Jahren von dem 47-jährigen ehemaligen Postbeamten Claus Lorenz ins Leben gerufen und wird heute von ihm und seiner Frau erfolgreich geführt. Das Lokal ist in einem umgebauten ehemaligen Kuh- und Pferdestall untergebracht. Die Wände des Straußi sind mit weit mehr als 1000 Spiegel behngt und erreichen so eine unglaubliche Raumtiefe.

Die Gemütlichkeit im Lokal wird durch große massive Holztische und Bänke erreicht. Eine Kommunikation mit den anderen Gästen ist hier stets vorprogrammiert.

Wegen der beschriebenen Vorzüge wird das Straußi auch gerne von Gästen aus der nahegelegenen Schweiz und Frankreich besucht.

Das dort angebotene Essen ist vielseitig, gut und günstig.

Weine kommen aus dem eigenen Weinberg.

Wenn man ein bisschen Glück hat, so trifft man in diesem Lokal unter den Gästen den TV-Koch Horst Lichter mit seiner Frau, die sich in dieser Gegend vor wenigen Monaten eine Villa gekauft haben.

Als weiteres Straußi, zwar etwas kleiner, aber mindestens genauso gemütlich und bei hoher Qualität auch preisgünstig ist das Straußi „Zur Alten Kferei“ in Pfaffenweiler. Betrieben wird diese Straue durch das Winzerpaar Hug. Die angebotenen Speisen sind wie in den meisten Straußi regional angepasst. Neben einer großen Speisekarte wird hier als Spezialität, insbesondere in den Herbstmonaten, das „Igemachte“ angeboten.

Igemachtes ist in Gläser eingelegetes Schweinefleisch, was mit Zwiebel, sauren Gurken und frischem selbstgebackenem Brot auf den Tisch kommt. Unbedingt probieren sollte man in diesem Lokal die Hausgemachte Nudelsuppe. Für relativ wenig Geld bekommt man hier eine große Schale Suppe, die einfach sensationell schmeckt und von den meisten Gästen, häufig noch als Vorspeise, gegessen wird.

Nicht zu verzeihen wäre es, wenn ich ein Gasthaus in Schliengen-Mauchen nicht erwähnen würde. In diesem kleinen unscheinbaren Städtchen gibt es die Gaststätte „Zur Krone“ die inzwischen schon eine kleine Berühmtheit ist. Abgesehen von einigen Fernsehberichten wurde dieses Lokal durch eine fast sterneverdchtige Kche bis nach Frankreich und der Schweiz bekannt.



Auch preislich ist das Essen durchaus akzeptabel. Eine kleine, einfach eingerichtete Gaststube lädt hier zum gemütlichen verweilen ein.

Ganz weg vom Essen und Trinken ist die Empfehlung für alle Garten- und Balkonbesitzer. In Laufen sollte man unbedingt die meiner Meinung nach schönste Staudengrtnerei Deutschlands, „Gräfin von Zeppelein“, besuchen. Wünscht man sich eine ausgefallene Staude, hier bekommt man sie. Ein Informationsspaziergang über das Gartengebiet ist ein Genuss.

Viel Spaß beim Reisen und Schlemmen

Euer Franz Winkler

Kupioses — Skuppiles Stilblüted

ingesandt von Helmut Biskamp, D 600

01.06.2011 | **Polizei Marburg, verkehrssicher-in-mittelhessen mit Aktion BOB beim
4. DEKRA Nightcheck**

Zum wiederholten Mal arbeiteten die Polizei Marburg, der RVD in Cölbe und die DEKRA Marburg gemeinsam daran, die Verkehrssicherheit durch die **Minimierung** von Unfällen mit besonders schweren Folgen zu **minimieren**. Am Freitag, 20. Mai bot die DEKRA im Rahmen einer bundesweiten Saftycheck-Aktion in Marburg einen kostenlosen Nightcheck des Autos an... » [mehr...](#)

ingesandt von Bodo Pohl, D 610
aus einem Unfallbericht (die Fahrzeuge werden immer besser – Personal entbehrlich)

Ein von den Beteiligten verständiger RTW (RK 21/84-3) nahm die Verletzungen in Augenschein, sah aber aufgrund der leichten Verletzungen keine Notwendigkeit zur Behandlung.

ingesandt von Bodo Pohl, D 610
aus einem Unfallbericht

Anschließend bemerkte der Zeuge, wie ein Krad neben der Fahrertür auf der rechten Seite liegend, kurz vor der Haltelinie zum Stehen kam.

ingesandt von Arno Strüning, V 213
aus einer schriftlichen Anzeige der Parkhausbetriebsgesellschaft wegen Farbschmierereien

Kopie unserer Strafanzeige ist zur Geschäftserleichterung beigelegt.

Mit Eurer Hilfe könnte sich unsere Materialsammlung bereichern lassen.
Zuschriften erbittet: Wolfgang Link, Personalrat.



Herausragende Geburtstage

Sie stehen trotz ihres erhabenen Alters von 80 Jahren und mehr als Mitglieder in unseren Reihen. Deshalb wünscht ihnen die Gewerkschaft der Polizei - Bezirksgruppe Frankfurt - noch weitere schöne Jahre und gratuliert ganz besonders zum

99. Geburtstag:

Helmut Kraschinski

92. Geburtstag:

Johann Groß

90. Geburtstag:

Rudolf Balzer
Erich Jegust

89. Geburtstag:

Ilse Ganzert
Hedwig Schöppner

87. Geburtstag:

Ignaz Gombatschek
Karl Moshammer
Elisabeth Mützel

86. Geburtstag:

Erwin Christmann

85. Geburtstag:

Sophie Gilberger
Günther Weidemeyer

84. Geburtstag:

Margarethe Ciupka

83. Geburtstag:

Oswald Neumann

82. Geburtstag:

Siegfried Ballerstaedt

81. Geburtstag:

Waldemar Bonik
Dietrich Wetzel

80. Geburtstag:

Günter Schäfer

Der Vorstand der Bezirksgruppe Frankfurt wünscht allen Kolleginnen und Kollegen, die 60 Jahre und älter geworden sind bzw. noch werden, weiterhin Gesundheit, Zufriedenheit und noch viele aktive Jahre.

Im Monat Juli hatten Geburtstag:

Erna Aldinger
Heinz-Jürgen Bartschat
Karl-Heinz Born
Gerhard Börner
Ernst Cordes
Klaus Dobkowicz
Helmut Grohmann
Walter Hartan
Armin Holzhaus
Helmut Jung
Elke Kaiser-Voit
Karlheinz Kirchner
Jürgen Koppe
Emil Kunerl
Wolfgang Kunkel
Maria Martini
Siegfried Möller
Herma Heidrun Molter
Norbert Richmann
Margot Rippe
Klaus Sauer
Hartmut Schiefke
Klaus Dieter Schlüter
Dagobert Schulz
Walter Schübler
Willi Schwab
Dieter Wiegandt
Jürgen Zeitz
Wolfgang Zimmermann

Im Monat August hatten Geburtstag:

Meinhard Andres
Manfred Bender
Kurt Bielow
Hans Bornemann
Gerhard Damm
Lore Finger

Renate Gillmann-Schmidt

Dieter Gräf

Peter Harleß

Vera Henning

Horst Hoos

Gisela Jach

Bernhard Keim

Rosel Kimpel

Martin Krawat

Jürgen Lörcher

Werner Pawlik

Lothar Petri

Sigrun Pfeiffer

Manfred Robrecht

Hans-Joachim Schilling

Bruno Schultheis

Wolfgang Strauß

Erika Trock

Horst Weidlich

Heinrich Zöll

Im Monat September hatten / haben Geburtstag:

Eduard Amrein
Günter Bangert
Jonas Bartaska
Werner Böhm
Bernhard Bormann
Heinz Braun
Otto Büttner
Horst Doss
Wilhelm Fachinger
Ditger Feigel
Erika Fenn
Klaus-Dieter Förster
Manfred Fuhr
Ingelore Harder-Schütte
Monika Heleine
Hans Herrmann
Paul Heydenreich
Norbert Hoffmann
Alfred Huber
Hans Peter Klebach
Herbert Klutz
Otto Müller
Gerhard Nickel
Klaus Dieter Oestreich
Wilfried Peter
Ernst Pletsch
Hans-Joachim Reichstein
Manfred Richter
Franz Rotter
Wolf-Dieter Schiebel
Hans Joachim Schlüter
Johanna Springer
Walter Stummvoll
Norbert Thelen

Peter Thuir
Wolfgang Ubl
Heinz Uwelius
Rudi Zey

Ehrungen

Wir gratulieren zum ...

50jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Hannelore Panteleit

40jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Hans Boscheinen
Burkhard Schäfer

25jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Johann Beier
Erich Louris
Ronald Mutschler
Frank Vogler
Ursula Wiegand
40jährigen Dienstjubiläum
Heinz Rosenberger
Manfred van Dyk
25jährigen Dienstjubiläum
Heike Hessenthaler

Es trat in den Ruhestand:

Erna Aldinger
Ernst Cordes
Jürgen Lörcher
Siegfried Möller
Georg Pauli
Lothar Petri
Camilo Rodriguez-Pallares
Klaus Sauer

Es sind verstorben:

Gerhard Damm
* 04.08.1935 + 26.04.2011
Adolf Roth
* 21.04.1919 + 07.05.2011
Paula Alker
* 06.09.1931 + 21.05.2011
Adolf Hillmann
* 25.08.1935 + 29.05.2011
Heinrich Amend
* 06.09.1931 + 03.06.2011
Elisabeth Weitzel
* 17.08.1920 + 11.06.2011
Wolfgang Krannich
* 19.10.1930 + 30.06.2011

Wir werden den Verstorbenen ein
ehrendes Andenken bewahren.

Herzlich willkommen in der Bezirksgruppe Frankfurt:

Sebastian Abel
Marcel Albert
Michael Amthor
Sven Balzer
Simone Bares
Christian Beer
Tobias Behn
Raffaella Bilancini
Julian Bölke
Melanie Bork
Sabrina Breser
Mareike Brill
Paulo Jorge Coelho Vilela
Cengiz Colak
Alexander Conrad
Carina Dach
Anne Fiegert
Ina Friedrich-Tatarinow
Nils Gabel
Daniel Galandt
Nehat Gashi
Andreas Gierl
Dominik Giller
Alexander Gnau
Sebastian Goth
Fabienne Grätz
Nathalie Groth
Nils Dominik Häuser
Andreas Heinemann
Stefanie Henning
Christopher Hesse
Julia Hinterthür
Markus Hirt
Jens Hof
Sasan Hosseini-Yeganeh
Patrick Kirner
Peter Kluge
Melanie Knue
Julia Koch
Manuela Koch
Ralph Köthe
Stefan Kraft
Rainer Kräfft
Mirko Krag
Felix Friedemann Kratzer
Florian Krause
Daniel Kretz
Frank Krutki
Philipp Lamm
Sebastian Meyer
Tobias Mühling
Kai-Hendrick Müller
Stefanie Niechoy
Enrico Ost

Martin Otto
Sverre Petry
Florian Pfälzner
Peter Popielarz
Johannes Pühra
Ronny Radtke
Miguel Santiago Ramos Cezanne
Sebastian Rausch
Sandra Römer
Nils Rübsamen
Matthias Ruchti
Kyros Salehin
Mustafa Satiane
Niko Satorius
Frank Schäfer
Marcel Schlegel
Andreas Schmidt
Sascha Schmidt
Kerstin Schmitz
Maxim Schnevski
Stephanie Schreinert
Franziska Schröder
Heiko Schweitzer
Carsten Stenchly
Tobias Stolpmann
Jochen Thuy
Julian Uebelacker
Malte Valenzik
Verena Vodak
Corinna Völker
Eugen Vot
Christian Walter
Michelle Wege
Alexander Winkler
Darlin Winkler
Christin Wolf
Mathieu Wolf
Stephan Zarembo
Sara Zimmermann
Richard Zornow

Anmerkung der Redaktion:

Wir alle sind Menschen und kei-
neswegs vollkommen. Sollten wir
jemand vergessen haben, bitten
wir um Entschuldigung, und die
oder den Betroffene/n, sich bei
uns zu melden, damit wir unsere
Unterlagen korrigieren können.

MD

Adi begleitete uns einen langen Weg

1970 wurde ich von der 1. Polizeibereitschaft zum 1. Polizeirevier in der Alten Mainzer Gasse versetzt und lernte hier den Vertrauensmann der GdP, Adolf Roth, kennen. Er war damals DGL und seit 1967 Mitglied im Personalrat.

Die Zeit war noch etwas langsamer. Einlieferungsanzeigen wurden auf Schreibmaschinen mit großen Walzen, oft mit 6 Durchschlägen (Blaupapier) geschrieben. Die Wohnungsvergabe für Frankfurter Polizisten erfolgte im Personalrat, damals noch von einem ÖTV Mitglied. Wer außerhalb der „Residenz“ Frankfurt wohnen wollte, gestattet war nur die nähere Umgebung, musste wegen der Residenzpflicht einen Telefonanschluss von der Post nachweisen und ein Pkw war auch erforderlich.

Die Polizei war im Wandel. Es kamen die ersten jungen Kommissare mit II. Fachprüfung auf die Reviere und verdrängten die älteren PHM, die den zweiten Weltkrieg miterlebt und eine hohe Lebenserfahrung hatten, als DGL.

Adi war von 1964 bis 1970 stellvertretender Bezirksgruppenvorsitzender und hatte auch noch durch die Personalratsarbeit oft Termine wahrzunehmen. Andere Kollegen der Dienststelle mussten während dieser Zeit seinen Platz einnehmen. Wer sich neben seinem Dienst zusätzlich in der Gewerkschaft und im Personalrat engagiert, kennt diese Probleme. Adi bekam die Gelegenheit, sich für die Personalratsarbeit vom Dienst freustellen zu lassen und war bis zu seiner Pensionierung 1979 „freigestelltes“ Personalratsmitglied. Zusammen mit Hansgeorg Koppmann, Kurt Wichter u.a. ist er in dieser Position engagiert für die Einhaltung der Vorschriften des HPVG eingetreten. Es gab in dieser Zeit genug gesellschaftliche und soziale Probleme, die sich auch in gewaltsamen Demonstrationen ausdrückten und aus polizeilicher Sicht mit der Behördenleitung erörtert werden mussten. Die Ergebnisse mündeten oft in Forderungen der GdP an unseren „Dienstherrn“.

Adi ist immer dafür eingetreten, dass unsere GdP-Mitglieder neben



der Deutschen Polizei auch Informationen darüber erhielten, was sich in der Bezirksgruppe Frankfurt ereignet hat. Er gestaltete als Schriftführer (1970 – 1980) zunächst das „GdP-Info“ mit. Beim 1. Polizeirevier im 1. Stock gab es einen kleinen Raum. Hier hatte die GdP eine Druckmaschine, um Rundschreiben und das GdP-Info zu drucken. Der Druck war nicht immer einfach und oft musste erst eine gründliche Reinigung der Maschine erfolgen. Adi erkannte, dass es vorteilhafter war, regelmäßig eine gedruckte Publikation an unsere Mitglieder herauszugeben. Er war die treibende Kraft. Unser Polizei-Report wurde geboren und erscheint seit Oktober 1978 heute noch vierteljährlich.

In den Entwicklungsjahren der GdP hatte die Bezirksgruppe Frankfurt den Status einer Kreisgruppe. Zunächst gab es für die Bezirksgruppe keinen Anlass, Kreisgruppen zu gründen. Die Delegierten für den Landesdelegiertentag wurden jedoch nach einem Kreisgruppenschlüssel und nicht nach der Anzahl der Mitglieder in der Bezirksgruppe gewählt. Um diesen Nachteil auszugleichen, gründete die Bezirksgruppe ihre Kreisgruppen. Auch hier war Adi die treibende Kraft. Im Laufe dieser Entwicklung erkannte die Bezirksgruppe, dass viele Vertrauensleute mit Funktionen auch in Frankfurt für die Gewerkschaftsarbeit große Vorteile boten und so haben wir auch heute noch unsere Kreisgruppen.

In den 70er Jahren galt es auch, die soziale Situation der Polizeibeamten zu verbessern, damit sie von

der allgemeinen Einkommensentwicklung nicht abgehängt wurden. Im Kampf um die A 9 mit Zulage drückte Adi immer wieder aufs Tempo. Viele mit altem Offiziersdenken wollten halt nicht mitmachen, dass der mittlere Dienst an die Einkommenshöhe des gehobenen Dienstes heranreicht. Hier musste die GdP viele dicke Bretter bohren. Zwei Monate nach der Pensionierung von Adi im Jahr 1979 wurde die A 9 mit Zulage eingeführt. Adi konnte davon leider nicht profitieren und war enttäuscht.

Von seiner GdP wollte sich Adi aber nicht trennen und unterstützte uns von 1980 bis 1992 in der Geschäftsstelle in der Schöfflestr. 16. Frankfurt.

Adi erhielt für sein Schaffen in der GdP den Ehrenbrief des Landes Hessen, das Bundesverdienstkreuz und war unser Ehrenmitglied.

Nach dem Tod seiner Ehefrau wurde es ruhiger um ihn. Er litt unter der Einsamkeit und die Lebensumstände wurden beschwerlicher. Mit 90 Jahren löste er seinen Haushalt in Frankfurt a. M. auf und zog in ein Seniorenheim im Ruhrgebiet.

Hier wurde er von einer seiner Nichten betreut. Er fühlte sich dort wegen der guten Betreuung sehr geborgen. Einige Tage vor seinem Tod rief er mich an und teilte kurz mit, dass seine Kraft nachlässt.

Am 13. Mai 2011 wurde Adolf Roth im Alter von 92 Jahren in Neukirchen-Vlyn unter Anteilnahme von Verwandten, Heimbewohnern und der Seniorengruppe beerdigt.

Bernhard Thomas

Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen der Kreisgruppe Süd am 26.06.2011

Die Kreisgruppe Süd konnte am 26.06.2011 viele ihrer Mitglieder zur Jahreshauptversammlung begrüßen.

Wir hatten ein volles Programm mit Neuwahlen des Vorstandes, den Kandidaten für den örtlichen Personalrat und den Vertrauensleuten auf den Revieren.

Das Ergebnis der Neuwahlen war sehr erfreulich. Alle unsere Kandidatinnen und Kandidaten wurden einstimmig gewählt.

Die Vorsitzende wurde in ihrem Amt bestätigt, bei den Stellvertretern gab es kleine Veränderungen. Erster Stellvertreter Uwe Nachtwey von D 409, zweiter Stellvertreter Stefan Weber von D 410 und als dritter Stellvertreter konnten wir den Kollegen Uwe Link von D 219 gewinnen.

Keine Änderungen gab es bei unserem Kassierer Manfred Roos, bei dem ich mich auf diesem Weg ganz herzlich bedanken möchte. Unsere Mary (Manfred) führt seit Jahrzehnten die Kasse der Kreisgruppe Süd ohne jede Beanstandung. Seine Kassenbuchführung ist vorbildlich und sucht seines Gleichen. Einfach traumhaft, Manfred wir werden Dich sehr vermissen wenn Du im Jahr 2013 in Deinen wohlverdienten Ruhestand gehst.

Die alten und neu gewählten Vertrauensleute der KG Süd sind:

Stephanus Tillner D 400,
Dirk Hartwig und
Zeynel Sirin von D 405,
Isabell Rost und
Manfred Roos von D 408,
Uwe Kretschmer und
Uwe Nachtwey von D 409,
Stefan Weber und
Stephan Klös von D 410,
Christoph Semmet von D 416, Ulrike Thummerer und
Manuel Siegert von D 417
und zum guten Schluss
Uwe Link D 219.



Manfred Roos



Manfred Dörner bei seiner "Verabschiedung"



Uwe Link



Helmut Schallert

Für die korrekte Ausführung der einzelnen Wahlgänge konnten wir als Wahlleitung Sibylle Perrot und Wolfgang Link gewinnen. Dem erprobtem Team noch einmal unseren herzlichen Dank für die geleistete Arbeit.

Verabschieden mussten wir uns von unserem langjährigen Stellvertreter Manfred Dörner.

Manfred gehört auf Grund seiner Umsetzung zu D 620 jetzt zur KG Verkehr und hat dort bereits andere Aufgaben übernommen.

Geehrt wurden für 40 Jahre Mitgliedschaft in der GdP die Kollegen:

Manfred Roos und
Helmut Schallert, D 408,
sowie der Kollege
Peter Hagelgans von D 219.

Für 25 Jahre GdP Treue geehrt wurden die Kollegen

Rainer Binnemann,
Rüdiger Neumann, D 409
und der Kollege
Uwe Link D 219.

Nach den Wahlen entbrannte eine heiße Diskussion über die in jüngster Vergangenheit angefallenen Einsätze auf dem Campus der Universität. Reingehen oder nicht! Wie sieht es die Abteilung Einsatz, wie sehen es die Kollegen? Vergleiche zu früheren Zeiten wurden gezogen und auch ein bisschen in Erinnerung geschwelgt.

Mein Fazit, es war eine gelungene Jahreshauptversammlung und ich freue mich auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit in den nächsten vier Jahren.

Elke Oswald

Vorankündigung

Weihnachtsfeier der Seniorengruppe Frankfurt



Zu dieser Weihnachtsfeier sind alle GdP-Seniorinnen und Senioren ganz herzlich eingeladen.

Die Weihnachtsfeier findet am

Mittwoch, 08.12.2011, Beginn: 15.00 Uhr, Einlass: 14.30 Uhr

im Bürgerhaus Bornheim, Clubraum 1, Arnsburger Straße, 60385 Frankfurt

statt. Am besten den Termin sofort im Kalender ankreuzen, damit er nicht in Vergessenheit gerät!

Die Seniorengruppe Frankfurt ist auch über die e-mail Adresse erreichbar:

GdP-Seniorengruppe ffm@gmx.de

Vorbereitung auf den Ruhestand

Landesseniorenvorstand lädt Kolleg/innen von 58 bis 67 Jahren ein

In diesem Jahr hat der GdP-Landesseniorenvorstand wieder ein Seminar organisiert:
„Vorbereitung auf den Ruhestand“

Durchgeführt wird es am **2. + 3. November 2011** in der Gaststätte „Zur Krone“ in Tann/Rhön, Am Stadttor 2, Tel. 06682-213, Homepage: www.krone-tann.de

Seminarteilnehmer (Tarifbeschäftigte, 63 bis 67 Jahre und Pensionär/innen, 58 bis 62 Jahre) müssen einen Eigenbeitrag von 20 Euro bezahlen. Das ist die Voraussetzung für eine Anmeldung. Fahrtkosten werden nicht erstattet. Ehepartner/innen können auch angemeldet werden. Die Teilnehmerzahl ist auf 40 Personen beschränkt.

Vorgesehene Themen sind:

- Pflegeversicherung,
- Probleme beim Zusammentreffen von Rente/Pension,
- Bewegung und gesunde Ernährung,
- Vorsorgevollmacht,
- Patientenverfügung,
- Testament,
- Vollmacht zur Beihilfe



Anmeldungen bitte an die **Landesgeschäftsstelle der GdP**,
Ruth Brunner, Wilhelmstr. 60 a, 65183 Wiesbaden, Fax 0611-9922727,
E-Mail: rbrunner@gdp-online.de

Norbert Weinbach

HISTORIE

Mit Aufstellung der Westberliner Bereitschaftspolizei am 01. Februar 1952 hingen die „Merksätze für den Polizeianwärter“ eingerahmt in den Fluren jeder Polizeiunterkunft. Sie wurden im Fach Dienstkunde besprochen und mussten von allen Beamten auswendig gelernt werden. Im Zuge der Studentenunruhen und des Wechsels im Amt des Polizeipräsidenten hatten die Merksätze 1968 schließlich „ausgedient“.

Merksätze für den Polizeianwärter

Als Polizeiangehöriger stehst Du im Blickfeld der Öffentlichkeit. Durch Dein dienstliches und privates Verhalten trägst Du wesentlich zu dem Urteil bei, dass sich die Allgemeinheit über die gesamte Polizei bildet. Präge Dir deshalb die nachstehende Merksätze ein:

- I. Sei Aufmerksam und pflichtbewusst, verschwiegen in dienstlichen Dingen, hilfsbereit, pünktlich und höflich! Halte Ordnung und Disziplin!
- II. Sei wahr und unbestechlich! Lügen ist gemein, Geschenke verpflichten.
- III. Sei zurückhaltend im Alkoholgenuß! Genusssucht ist unwürdig. Alkohol mindert nicht nur die Leistungsfähigkeit, sondern auch das Urteilsvermögen. Willst Du in Deiner freien Zeit eine Gaststätte aufsuchen, dann wähle nur solche, die in jeder Einsicht einwandfrei und Deiner dienstlichen Stellung nicht widersprechen. Hierzu trägt man grundsätzlich bürgerliche Kleidung.
- IV. Zeige Dich beherrscht im Umgang mit Mädchen! Männlichkeit beweist sich im Entsagen. Achte das andere Geschlecht! Bedenke, dass auch Deine Mutter ein junges Mädchen war.
- V. Sei schlicht und genügsam! Erziehe Dich zur bescheidenen Lebensführung und Sparsamkeit. Hüte Dich vor unüberlegten Zahlungsverpflichtungen, denen Du nicht gewachsen bist; sie sind die Quelle unablässiger Sorgen.
- VI. Vernachlässige nicht den äußeren Menschen, er ist das Spiegelbild des Innern.
- VII. Suche Kameradschaft und pflege sie! Echte Kameradschaft ist die innere Verbundenheit einer Gemeinschaft, in der jeder einzelne für den anderen einzutreten bereit ist. Sie bewährt sich besonders in Not und Gefahr.
- VIII. Befleißige Dich eines guten Tones, auch im engeren Kameradenkreis! Unterlasse hässliche Redensarten und unanständiger Ausdrücke. Sie zeugen von niedriger Gesinnung und schmutziger Phantasie. Dulde sie daher auch nicht!
- IX. Meide den Verkehr mit zweifelhaften oder übel beleumundeten Personen. Suche Anschluß an Gleichgesinnten Kameraden. Du gewinnst dabei!
- X. Nutze Deine Freizeit zu sinnvoller Beschäftigung, zu gediegener Unterhaltung oder zu fröhlichem Sport und Spiel.
- XI. Folge willig den Anweisungen Deiner Vorgesetzten! Schenke ihnen Dein Vertrauen! Sie sind als Deine erfahreneren Kameraden um Dein persönliches Wohlergehen und Dein berufliches ankommen ständig bemüht.
- XII. Schule Dich und arbeite an Dir!

**Wer viel leistet, wird anerkannt.
Anerkennung sei Dein höchster Stolz!**

Wache gestern --- Wache heute?

Es tut sich was in Sachsenhausen. Genauer genommen auf dem 9. Polizeirevier. Und im speziellen auf der Wache R 9.

Alte Wache, alter Wachtresen, der schon abgebaut wurde,, hoher Raum - so wie in einer IN-Wohnung Nordend oder Westend-, große Klimaanlage mit lauten Geräuschen, so laut wie ein Flieger. Überall standen alte Schränke und Ablagemöglichkeiten - auch draußen -.

Jetzt stehen zwei Leitern im Raum

Die größere Leiter für größere Leute. Man muss ja an die Decke kommen, und dass bei dem großen Raum.



Aber hier wird zukünftig eine moderne neue Wache entstehen. Wir lassen uns überraschen.

Es wird dann nachberichtet.

Jetzt Raum 3 - Wache heute, schnuckelig, kleiner Raum, moderne Stühle, nicht so schnell verrücken, sonst geschieht ein Unfall. Aber alles in Reichweite. Links 2 m Funk, rechts 4m Funk --- alte Funkgeräte, aber die Geräte leisten ihren Dienst. Nur es krächzt ab und zu, mal links mal rechts.

Wer hat da eben gerade gebabbelt. Mist, falscher Hörer. Es war doch auf 2 m.

Das Beste ist der Flatscreen, schön flach u. groß, hinter dem Rücken, nur Drehen des Körpers u. schon ist man im Bilde.

Hoffentlich bleibt der Sommer so schön kühl, dann kann man es auf der kuscheligen Wache aushalten.

Falls die Hitze beim 9. Polizeirevier vorbeikommt, die Luft im kuscheligen Wachraum sich etwas stärker erhitzt, die Tür in dieser schnuckeligen Wache brauchen wir nicht zu öffnen, es gibt nämlich keine Tür --- falsch, Tür wurde ausge-

hängen, steht jetzt irgendwo sicher. Im Flur können wir das Fenster öffnen, dies ist Aircondition für den schnuckeligen Wachraum.

Verbesserungsvorschlag: Für eine kleine Couch wäre noch Platz. Normalerweise werden die Mitarbeitergespräche in diesem Raum durchgeführt. Und so eine Couch - das wär's doch!

Und die Mitarbeitergespräche florieren.

Weiter zu unserer schnuckeligen Wache --- unter dem Flatscreen haben wir ein tolles Mischpult: Türöffner, Türöffner EG, Tor Ausfahrt, Dauer Tor Ausfahrt, Tor Einfahrt, Dauer Tor Einfahrt, und dann noch Zelle 1, 2, 3, und so weiter.

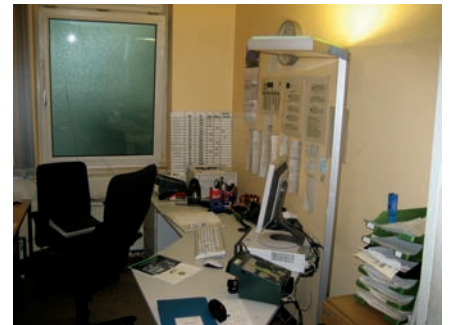
Rechts in der Ecke die Orientierungshilfe, unser Holzbrett, dort stehen alle Namen der Kolleginnen und Kollegen des Tagdienstes drauf, mit Schiebeklötzchen. Wer ist da, wer ist nicht da.

Es geht weiter: An der Wand hängen sehr viele Zettel, viele Institutionen sind aufgeführt: Polizeinotruf: 110, Feuerwehr: 112, Abschleppdienst Noe --- den kann man streichen, denn es gibt ihn nicht mehr.

Alles sehr klein geschrieben, der Wachhabende muss sich stark nach vorn beugen, um alles lesen zu können. Aber er darf sich nicht so weit nach vorn beugen, sonst landet er mit der Nase auf dem Stentofon. Und mit der Nase kann ganz schnell eine falsche Zahl eingetippt werden. Besser ist es eine super Brille zu haben, mit dicken Gläsern. Jetzt kann man alles sehen u. auch sehr weit.



Unser Putzmann hatte auch eine sehr gute Idee. Er kam mit dem beigefarbenen großen Mülleimer zur schnuckeligen Wache. Vorher stand dort nur ein kleiner Mülleimer. Er



meinte, dass der beige große Mülleimer einfach besser in diesen Raum passen würde. Ich hatte nichts dagegen. Für Verbesserungen muss man doch aufgeschlossen sein.

Auf dem provisorischen Wachtisch haben wir auch drei schöne Dosen mit der Aufschrift „Next „ --- 13,50 Euro/ 140 g für bis zu 200 Cigaretten. Darunter: Rauchen kann tödlich sein. Die Raucher kennen den Tabak. In den Dosen ist aber kein Tabak, sondern Heftklammern, Radiergummi, Bleistift, Schere, Kuli. Auf der Wache wird nicht geraucht. Das weiß jeder. Dafür haben wir einen super kleinen Raucherraum (Größe 2 m x 1 m). Da kann man sich ausrechnen, wie viel Raucher gleichzeitig rauchen können.

Aber weiter mit der Wache:

Nicht zu vergessen, die riesige Uhr über unserem Kopf an der Wand und der GdP-Kalender 2011.

Das ist wichtig! Müssten ja wissen, wann wir heimgehen können und ob wir am richtigen Tag Dienst schieben.

Es wäre schön blöd, wenn man Dienst schiebt und es wird Dir gesagt: „Was willst Du hier! Eigentlich bist Du zu Hause!“

Kann passieren – muss nicht passieren.

Aber in so einer schnuckeligen Wache versieht nicht jeder Schutzmann Dienst. Damit man dies versteht, einfach auf die beigefügten Fotos schauen und Fortsetzung abwarten.

Uwe Nachtwey

822. Hafengeburtstag der Hansestadt Hamburg

Ein privater Reisebericht

Ein guter Freund, der Sänger Bernd Heinrich, sprach mich im März an, ob ich nicht Lust hätte mit der Sängervereinigung Nidderau-Windecken e.V. zum Hafengeburtstag nach Hamburg zu fahren.

herrlichem Sonnenschein die ein-fahrenden Großsegler bewundern.

Gegen 17:00 Uhr ging es dann zu unserem Hotel in Hamburg Bergedorf. Die Zimmer im **** Hotel Böttcherhof waren sehr gut ausge-



Blick auf die Speicherstadt

Als Pensionär hat man ja nicht sehr viel Freizeit, immer ist etwas zu erledigen und man muss sich seine Zeit gut einteilen.

Da ich aber schon in frühen Jahren mit der Schifffahrt in Berührung kam, war der Entschluss mitzufahren sehr schnell gefasst.

Am Freitag, den 6. Mai, ging es dann sehr früh morgens mit einem modernen Reisebus auf den Weg nach Hamburg.

Nach einigen Pausen erreichten wir unser erstes Ziel, das Schulauer Fährhaus, wo die Schiffsbegrüßungen vom „Willkomm-Höft“ stattfinden.

Über Lautsprecher werden die Schiffe mit dem Satz: „Willkommen in Hamburg, wir freuen uns, Sie im Hamburger Hafen begrüßen zu können“, sowie in ihrer Landessprache und mit ihren Nationalhymnen begrüßt.

Ausfahrenden Schiffen wird eine gute Reise gewünscht und auf ein baldiges Wiedersehen im Hamburger Hafen. Gerade zur rechten Zeit waren wir vor Ort und konnten bei

stattet und die Betten garantierten einen guten Schlaf. Nach dem gemeinsamen Abendessen mit anschließendem Schlummertrunk, ging es dann auch schnell ins Bett. Damit fand der erste, doch ganz schön anstrengende, Tag sein Ende.

Nach einem ausgiebigen Frühstück ging es dann am nächsten Morgen zu einer Stadtrundfahrt durch Hamburg.

Hamburg hat 1,76 Millionen Einwohner und ist die zweitgrößte Stadt in Deutschland. Im 9. Jahrhundert wurde durch die Franken an der Elbe eine Festung mit dem Namen Hammerburg erbaut, aus der sich dann die Stadt Hamburg entwickelte. Die Freie und Hansestadt Hamburg besteht aus 105 Stadtteilen und ist in sieben Bezirke aufgeteilt. Die sieben Bezirke sind: Altona, Bergedorf, Eimsbüttel, Hamburg-Mitte, Hamburg-Nord, Harburg und Wandsbeck.

Alte, sehr schön erhaltene Villen, aber auch nach dem Krieg schnell erstellter Wohnraum, wechseln sich in den Stadtteilen ab. Auffallend für mich war der sehr hohe Anteil von Grünanlagen in Hamburg.

Der Hafen hat in den letzten 30 Jahren eine rasante Wandlung erfahren. Vor dem zweiten Weltkrieg und auch noch danach, wurden zur Zwischenlagerung der Güter große Schuppenanlagen benötigt.

Die Speicherstadt, ein gewaltiger Komplex von Lagerhäusern im neogotischen Stil - gebaut aus Millionen von roten Backsteinen - diente zur Lagerung zollfreier Güter. Auf einer Nutzfläche von insgesamt 310.000 Quadratmetern wurden hauptsächlich Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und andere hochwertige Güter gelagert. Mit dem Containerzeitalter wurden die Schuppenanlagen zur Zwischenlagerung nicht mehr benötigt und fast komplett abgerissen. Eine Schuppenanlage wurde vor dem Abriss gerettet und beherbergt heute das Hafendomuseum. In den Lagerhäusern der Speicherstadt, die unter Denkmalschutz stehen und nicht mehr als Lagerraum benötigt wurden, fanden Künstler, Geschäfte, allerlei Freizeitangebote, Museen aber auch gastronomische Betriebe eine Heimat und sind einen Besuch wert. Auch das angrenzende Neubaugebiet der Hafen City mit der Elbphilharmonie, dem neuen „gläsernen“ Konzerthaus, haben trotz unterschiedlicher Architektur die nicht jedem gefällt, immer einen Bezug zum Wasser.

Die Köhlbrandbrücke mit einer Höhe von 55 m über dem Wasserspiegel ist ein weiteres Erkennungszeichen von Hamburg.

Nach der Stadtrundfahrt ging es dann zur Geburtstagsmeile, die sich von den Landungsbrücken bis zum Fischmarkt erstreckte. Mit den Segelschiffen an den Landungsbrücken, einer Vielzahl von Getränke- und Essensständen sowie verschiedenen Bühnen mit Musik, gab es viel zu sehen und zu bestaunen. Nach dem Besuch auf der Geburtstagsmeile ging es zu einem gemeinsamen Abendessen in der Fischhalle. In der Fischhalle fanden früher die Frischfischauktionen statt. Heute beherbergt sie einen gastronomischen Betrieb mit Live-Musik.

Der Fischmarkt an der Fischhalle lockt an jeden Sonntag eine große

Zahl von Besuchern an. An den Ständen und Marktwagen spielt sich ein wortreiches Spektakel zwischen den Besuchern und den Marktschreibern ab. Ob Obstkorb, Fisch oder Topfblumen, für jeden Käufer findet sich etwas. Aber auch nur der Besuch am frühen Morgen lohnt sich.

Nach dem Essen ging es zu Fuß wieder zu den Landungsbrücken, wo eine Barkasse auf uns wartete. Nach der Fahrt durch die Hafenanlagen konnten wir von der Barkasse das Feuerwerk anlässlich des Hafengeburtstages bewundern. Es war wirklich ein wunderschönes, einmaliges Erlebnis. Mit diesen vielen Eindrücken endete zu später Stunde, oder richtiger nach Mitternacht, der zweite Tag.

Am Sonntag stand der Besuch der St. Michaelis-Kirche, im Volksmund liebevoll Michel genannt, auf dem Programm. Der Turm mit einer Höhe von 132 Metern überragt die meisten Gebäude der Innenstadt. Von der Aussichtsplattform in 82 Metern Höhe, nach 453 Treppentufen - oder mit dem Aufzug - , hat man einen wunderschönen Blick über die Stadt, Binnen- und Außenalster. Die Uhr im Kirchturm ist die größte ihrer Art in Deutschland, der

Zeiger misst knapp fünf Meter. Nach dem gemeinsamen Mittagessen wurde dann auf der Geburtstagsmeile die Ausfahrt der Schiffe bewundert. Den Abschluss des Tages bildete die Überfahrt von den Landungsbrücken zum Musicaltheater. Das Musical „König der Löwen“ bildete den krönenden Abschluss des Sonntags. Eine Welt voll atemberaubender Masken und fantastischer Kostüme, begleitet von Popmusik und afrikanischen Rhythmen, nimmt einen gefangen. Zurück im Hotel ging es zu einem Schlummertrunk noch kurz in die Hotelbar, bevor uns die Müdigkeit in die Betten trieb.

Der Montag begann mit dem Auschecken aus dem Hotel. An den Anlegestellen der Binnenalster, dem Jungfernstieg, erwartete uns ein Alsterdampfer, um uns vom Wasser aus die Schönheiten Hamburgs zu zeigen. Es ging über die Binnen- und Außenalster und mehrere Kanäle durch Stadtteile von Hamburg. Die Außenalster hat die stattliche Größe von 164 Hektar. Viele kleine Segelschiffe und Barkassen drehen dort ihre Runden. Eine Barkassenfahrt über das Gewässer muss jeder Besucher einmal mitmachen. Die Eindrücke, die man dort gewinnt,



vervollständigen erst das Bild von Hamburg. Kaufmannsvillen lösen Hotels, aber auch Mietwohnungen, ab.

Nachdem wir wieder am Jungfernstieg angelegt hatten, konnten wir noch einen Bummel durch die City mit ihren Einkaufspalästen und zum Rathaus unternehmen. Das Hamburger Rathaus vereint verschiedene Baustile und sieht fast wie ein Schloss aus. Das Gebäude mit Gotik-, Barock sowie Renaissance-Elementen ist eines der imposantesten Gebäude in der Innenstadt. Es ist Sitz von Senat und Bürgerschaft der Hansestadt.

Vom Rathaus aus ging es dann mit dem Bus auf die Heimreise.

Eine tolle viertägige Reise, die eine Vielzahl von neuen Eindrücken über Hamburg bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern hinterließ.

Heinz Homeyer

Bundesseniorenvorstand hat eine Karte für GdP-Mitglieder entwickelt

„Notfall-Info“ nennt sich ein kleines grün-weißes Faltblatt der GdP in der Größe einer Scheckkarte.

Entwickelt wurde diese „Scheckkarte“ nach einer Beratung im Bundesseniorenvorstand.

Sie ermöglicht es, nicht nur persönliche Daten rein zu schreiben wie Name, Adresse, Geburtsdatum und Telefonnummer.

Wichtig sind Personen, die zu benachrichtigen sind, Bevollmächtigte oder gesetzliche Betreuer. Man kann auch Angaben machen zum Hausarzt und zur Krankenkasse.

Dabei kann man Grunderkrankungen nennen, Allergien oder Besonderheiten wie Herzschrittmacher, Verwirrtheit oder auch HIV-Infektion.

Auch Medikamente, die genommen werden kann man eintragen, insbesondere Marcumar, Cortison, Heparin oder Insulin.

Nützlich sind auch Hinweise auf Hörgerät, Sehhilfe, Gehhilfe und Zahnprothesen.

Zusätzlich kann man den letzten Krankenhausaufenthalt eintragen. Hilfreich ist auch ein Eintrag zum Besitz eines Organspenderausweises oder ob man eine Patientenverfügung gemacht hat.

Diese „Notfall-Info“ ist in erster Linie für Senioren gedacht, falls ihnen irgendwo etwas passiert und

die Polizei gerufen wird, das Rote Kreuz oder andere Ersthelfer.

Diese kleine Scheckkarte kann aber auch für alle anderen GdP-Mitglieder nützlich sein, um Leben zu retten oder Angehörige zu informieren.

Zu erhalten ist diese „Notfall-Info“ bei den Mitgliedern des hessischen Landesseniorenvorstands oder beim Bundesseniorenvorstand der GdP in Berlin. nw



„Aufstand der Ordnungshüter“

Erinnerungen an die Zeit, als die Polizei „laufen“ lernte

Vor sechzig Jahren (1951) wurde die GdP Hessen gegründet.

Vierzig Jahre ist es her, dass die hessische Polizei „laufen“ lernte, dass sie auf die Barrikaden gegangen ist (1970/71).

Vor zwanzig Jahren (1991) wurde die zweigeteilte Laufbahn eingeführt, eine Auswirkung des Aufstandes der Ordnungshüter 1970/71.

Wie sah die Situation damals aus?

Befehl und Gehorsam, das war es, was die Polizei in ihrer Ausbildung nach dem Krieg gelernt und verinnerlicht hat. Es war die Fortsetzung einer Denkweise aus absolutistischer Zeit, nicht nur aus der Zeit der Nazidiktatur.

Noch bis Anfang der 70er-Jahre war die Ausbildung der Polizei bei der Bereitschaftspolizei eher militärisch als auf den Einzeldienst bezogen. Da herrschte Befehl und Gehorsam. Da wurde am US-Karabiner und am FN-Gewehr ausgebildet. Es gab die ziemlich unsicher zu handhabende Maschinenpistole Beretta und erst 1964 wurden die Maschinengewehre in den Waffenkammern der Bereitschaftspolizei eingemottet, weil die Polizei keinen Kombattantenstatus hatte, also keine militärischen Waffen verwenden durfte. Mit dieser Ausbildung wurden junge Leute dann auf die Menschheit losgelassen.

Sie trafen im Einzeldienst fast durchweg auf ältere Polizeibeamte (Polizeibeamtinnen gab es nicht), die im Zweiten Weltkrieg gewesen waren, die in der Zeit der Nazidiktatur schon Polizeibeamte waren und denen Befehl und Gehorsam noch im Blut steckte. So war zum Teil auch der Umgangston.

Es herrschte Hierarchie.

Wer befördert werden wollte, um mehr Geld zu verdienen, musste nicht nur seine polizeilichen Aufgaben zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten erledigen, er musste diesen Herren auch gefallen. Eine Beförderung hing nämlich von einer Beurteilung ab. Beurteilt haben aber immer nur Vorgesetzte.

Da war es nicht verwunderlich, dass oft genug „Schleimer“ (den anderen Ausdruck will ich mir hier verknäueln) wie es damals hieß, nach oben kamen.



In dem Buch „Aufstand der Ordnungshüter“ wurden die Aktionen der Initiativausschüsse von Hessen wissenschaftlich aufgearbeitet, auch wenn beteiligte Polizisten und Wissenschaftler nicht immer einer Meinung waren.

Die Jugend demonstriert für mehr Demokratie

Das führte im Laufe der Jahre zu ganz bestimmten Konflikten. Das lag zum einen daran, dass die jungen Leute in der Schule Geschichts- und Sozialkundeunterricht hatten und dass sie die mehr oder weniger herrschende Demokratie wirklich als „Macht des Volkes“ verstanden.

Das zeigte sich in seinen Auswüchsen in den 60er-Jahren durch die Anti-Vietnam-Demonstrationen und Hausbesetzungen, durch die Studentenproteste der 68er-Bewegung (Unter den Talaren, der Muff von 1000 Jahren) und in den 70er-Jahren auch durch den Terror der so genannten „Baader-Meinhof-Bande“, die nicht davor zurückschreckte, Männer aus Industrie und Politik aber auch Polizeibeamte, Wachleute und

Chauffeure der Industriekapitäne zu ermorden.

Hier traf die Denkweise der jungen Schutzleute mit der Denkweise der oft gleichaltrigen Studenten zusammen. Nicht selten hatten beide Gruppen die gleiche Denkweise. Und doch musste die Polizei bei Demonstrationen gegen die Studenten vorgehen, musste Versammlungen und Aufzüge der Neo-Nazi (NPD) schützen, auch wenn die Polizisten oft mehr mit den Studenten und Hausbesetzern sympathisierten. Polizisten hatten für Recht und Ordnung zu sorgen, hatten die öffentliche Sicherheit vor diesem studentischen Mob und den Baader-Meinhof-Verbrechern zu schützen.

Was Recht und Ordnung war, das bestimmte die Politik, die herrschende Klasse. Das waren aber nicht die Politiker, das waren die Industriebarene mit ihrer Wirtschaftsvereinigung. Deren Lobbyisten hatten mehr Einfluss auf die Gesetzgebung und mehr Macht als die Gewerkschaften.

Wie sagte ein Kabarettist: „Politiker glauben, sie seien an der Macht – sie sind an der Regierung“.

Weniger Polizisten – mehr Frust

Jetzt kam noch hinzu, dass die Zahl der Polizisten nicht mit der steigenden Zahl der Automobile und der damit zusammenhängenden Zahl der Verkehrsunfälle standhalten konnte, dass die steigende Zahl der Kriminalität oft auf unzulänglich ausgebildete Polizisten traf. Dass die Polizei unzureichend ausgerüstet war, dass überall neu gebaut wurde, die Polizei aber in den alten städtischen und staatlichen Gebäuden unzulänglich untergebracht war.

Dazu kam auch noch, dass die Polizei schlecht bezahlt wurde, dass die Belastung durch vermehrte Großeinsätze und steigende Überstundenzahlen zu immer mehr Frust führten.

Aufstand der Ordnungshüter

Das alles ist die Vorgeschichte, die im Herbst 1970 dazu führte, dass die Polizei in Hessen endlich

aufmuckte, ihre Probleme in großen Versammlungen und bei Demonstrationen (6000 Polizisten waren bei einer Demo in Frankfurt) in die Öffentlichkeit trug. Das mündete in die „Initiativausschüsse“, zusammengesetzt aus den Bereichen der staatlichen und kommunalen Polizei, aus Mitgliedern der Hauptabteilung Polizei in der ÖTV, der GdP und des BDK. Bekannt wurde dieses Aufbegehren unter dem Schlagwort „Aufstand der Ordnungshüter“.

Das war auch der Titel eines Buches, veröffentlicht im Rowohlt Taschenbuchverlag, das versuchte, die damalige Situation zu analysieren und aufzuarbeiten. Daran beteiligt waren Polizeibeamte und Wissenschaftler der Universität Bremen. Aus Südhessen wirkte Horst Müncher mit, der damalige Vorsitzende der Bezirksgruppe Darmstadt in der GdP.

Man muss die Meinung der Verfasser dieses Buches nicht unbedingt teilen, da es oft den Eindruck erweckt, klassenkämpferisch zu sein. Eines war aber auch damals schon deutlich. Gesetze wurden von der herrschenden Klasse gemacht. Herrscher waren die Leute, die das Geld hatten. Eine Statistik aus dieser Zeit sagt, dass 1,74 Prozent der Haushalte über 74 Prozent des Betriebsvermögens verfügen. Das heißt, dass nicht nur heute die Schere von Kapital und Armut auseinander

geht, sondern dass damals schon 98,26 Prozent der Haushalte nur über 26 Prozent des Betriebsvermögens verfügten.

Sicherheit durch Recht und Ordnung

So war es kein Wunder, dass Parteien Wahlwerbung machten mit dem Slogan „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ und dass sie damit Erfolg hatten. Auch das haben die Wissenschaftler damals herausgefunden, dass sich der größte Teil der Polizei politisch interessiert zeigte, der größte Teil der Bevölkerung aber eher nicht. Die abhängig Beschäftigten waren zufrieden, wenn sie hin und wieder mehr Geld bekamen, wenn sie am „Wirtschaftswunder“ teilhaben konnten, sonst aber in Ruhe gelassen wurden.

Da Polizisten aber politisch dachten, fiel ihnen auf, dass einiges mit dieser Gesellschaft und auch mit der Situation der Polizei nicht stimmte.

Die Arbeit nahm zu, die Belastung und damit auch der Frust.

Es war ein Hohn, dass die Politiker der Polizei für ihre Überstunden bei einem Großeinsatz pro Stunde 45 Pfennige anboten.

Mit bei den Initiativausschüssen

Als junger Polizeibeamter, Eintritt 1964, damals 26 Jahre alt, habe ich diese Geschichte hautnah miter-

lebt. Auch wenn an dem Buch „Aufstand der Ordnungshüter“ fast nur Kollegen aus Nordhessen mitgewirkt haben, der Schwerpunkt des Aufstands lag in Südhessen.

In Wiesbaden und Frankfurt waren die Massendemonstrationen. In der Riedhalle, die eigentlich nur 700 Leute fasst, waren 1500 Polizeibeschäftigte, nicht nur aus Südhessen, zusammen gekommen, um Politikern ihren Unmut deutlich zu machen.

Da wurde der SPD-Fraktionsvorsitzende Best (die SPD war an der Regierung) unter Beschuss genommen. Da bekam der CDU-Landtagsabgeordnete Milde (später Innenminister) Beifall, weil er sich hinter die Forderungen der Initiativausschüsse stellte und sie aufforderte, ihre Probleme in die Öffentlichkeit zu tragen, auch Heinz Herbert Karry (FDP), später ebenfalls Minister, stand auf Seiten der Polizei.

Oswald Hodes, damals noch Bezirksvorsitzender der Polizei in der ÖTV, später Landesvorsitzender der GdP, sprach sich für eine einheitliche Polizeigewerkschaft in der GdP aus. Das kam später. Da wirkten so Männer mit wie Werner Larem, Manfred Meise, Wilfried Panteleit und auch ich.

Das ist aber eine andere Geschichte.

Polizisten gehen auf die Barrikaden Protestkundgebung für besseren Sold und gegen Hierarchie

Bei Groß-Gerau, 9. Oktober
Der Kampf hessischer Polizeibeamter um personelle Verstärkung, angemessene Besoldung und den Abbau überkommener hierarchischer Strukturen hat mit einer Großkundgebung in der Riedhalle in Dornheim (Groß-Gerau) am Donnerstagabend einen Höhepunkt erreicht. Bei der Veranstaltung, zu der etwa 1500 Polizeibeamte aus allen Teilen Hessens kamen, wurde mit Landesparlamentariern diskutiert. Sie wurde aber gleichzeitig zu einer Manifestation von harten Kampfansagen und Solidarität. Der Aufstand der Ordnungshüter, der von Südhessen ausgegangen und in den letzten Tagen auf das ganze Land übergreifen hatte, ist damit perfekt geworden.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Best wurde mit harten und gezielten Fragen unter Beschuss genommen. Sein Versuch, das Bundesbeamten-Rahmengesetz für die Misere verantwortlich zu machen,

brachte ihm Gelächter ein. Er mußte sich bescheiden lassen, daß ihm in vielen Fragen die genaue Sachkenntnis fehle.

CDU-Vertreter Milde fand lebhaften Beifall, als er die Polizeibeamten aufforderte, die Öffentlichkeit über die teils katastrophalen Verhältnisse dieses Berufsstandes aufzuklären. Heinz-Herbert Karry (FDP) bezeichnete den Plan „Hessen 80“ als Makulatur.

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Kuhlmann, stellte seine Organisation in Frage. Er forderte die ÖTV, Fachabteilung „Polizei“, auf, eine neue Gewerkschaft im DGB zu bilden, und stellte sein Amt zur Verfügung.

Der Bezirksvorsitzende der ÖTV, Hodes, schloß sich der Forderung nach einer einzigen Polizei-Gewerkschaft an und kündigte als mögliche Kampfmaßnahme eine Aktion „go ill“ an. „Die Polizisten sind heute soweit wie die Studenten vor drei Jahren“, erklärte er.

Der CDU-Wahlkreiskandidat Georg Sturmowski bezeichnete es als Gesellschaftsskandal, daß manche Polizeibeamte neben ihrem harten Dienst Nebenbeschäftigungen nachgehen müssen. Alle Polizeibeamte Hessens wurden aufgerufen, sich einem Protestmarsch durch die Straßen Frankfurts am 15. Oktober anzuschließen.

In einem Rundfunkinterview bezeichnete Innenminister Strelitz das Disziplinar-Strafrecht als überholt. Es müsse jedoch auf Bundesebene neu geregelt werden. Ein Streikrecht für Polizisten sei auf Grund ihrer Funktion allerdings nur schwer vorstellbar.

Zur Zeit der Initiativ Ausschüsse wurde nicht nur die Forderung nach besserer Bezahlung, besserer Ausbildung und besserer Unterbringung laut, es ging auch darum, dass die Polizei mit besserer Ausbildung weg wollte vom Image des „Büttels“.

Man wollte „das Bild des eigenverantwortlich handelnden, die Bürgerrechte schützenden und die innere Sicherheit gewährleistenden Polizeibeamten zeichnen. Dieses Ziel konnte nur über die Qualifizierung und entsprechende Bewertung des Polizeiberufs erlangt werden, also über die zweigeteilte Laufbahn“, sagte 30 Jahre später der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg.

Nicht umsonst propagierten die Gewerkschaften den Begriff „Freund und Helfer“.

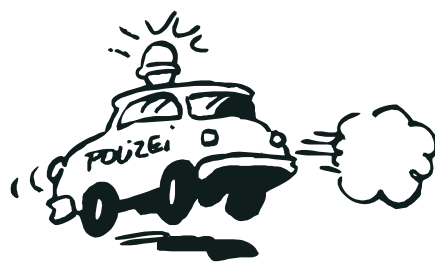
Sozialarbeiter konnten die Polizisten zwar nicht sein, sie mussten aber immer wieder in Notfällen helfen, egal ob bei Verkehrsunfällen, handgreiflichen Auseinandersetzungen in Gasthäusern oder Familien, wenn Erwachsene oder Kinder vermisst wurden oder auch, wenn eine Katze von einem Baum geholt werden musste, weil sie sich alleine nicht mehr herunter traute.

Dem Druck standgehalten

Zu dieser Zeit kam auch erstmals die Forderung nach einer „zweigeteilten Laufbahn“ auf, für die die GdP zwanzig Jahre stritt, bis sie von

allen Landtagsfraktionen in ein Gesetz umgemünzt wurde. Damals herrschte aber auch noch der eingangs erwähnte Begriff von „Befehl und Gehorsam“ oder, anders ausgedrückt, von „Zucht und Ordnung“. Den Vorgesetzten der Polizei waren die Initiativ Ausschüsse nämlich ein Dorn im Auge. So kam es auch vor, dass allzu aufmüpfige Kollegen sozusagen „strafversetzt“ wurden. Die Masse der Kollegen hat dem Druck von oben aber standgehalten.

Ich will hier nur ein Beispiel er-



zählen, das die Sache verdeutlicht.

Bei einer gut besuchten Versammlung von Polizeibeschäftigten, nahmen viele Beamt/innen kein Blatt vor den Mund und erzählten, wo sie der Schuh drückt. Auch Stationsleiter waren darunter. Alle aber standen unter Druck „von oben“. Das äußerte sich anderntags so, dass der zuständige Polizeidirektor, es war ein kleiner Mann, beim Regierungspräsidium Darmstadt von diesen Polizeiführern eine Stellungnahme forderte. Da ging einigen der Herren „die Muffe“, wie man volkstümlich sagt. Sie fragten mich,

da ich einer der „Rädelsführer“ war, damals noch in der ÖTV, was sie machen sollten. Chef der Polizei war aber nominell der Landrat. So rief ich Dr. Lothar Bergmann an und schilderte ihm die Lage. Kein Problem, meinte er, ich bin der Chef, alle berichten mir und ich berichte ordnungsgemäß dem Regierungspräsidenten. Damit war die Sache vom Tisch.

Polizei ist für die Menschen da

Der Druck von oben war groß. Demokratie gab es zwar in der Gesellschaft, nicht aber bei der Polizei. Genau das aber war es, was die Polizeibeschäftigten wollten, mehr Mitspracherechte, mehr Demokratie.

Heute sind wir eine Polizei mit Selbstwertgefühl, wir sind eine „Sicherheits-AG“, die sich um den Schutz der Bevölkerung bemüht. Wir sind gut ausgebildet und gut bezahlt. CDU und FDP haben uns zwar fast alle Mitbestimmungsrechte genommen und der Frust in der Belegschaft ist groß, wir geben aber nicht auf. Wir kämpfen weiter.

Eine Gewerkschaft kann beginnen, aufhören kann sie nie.

Und wenn die regierenden hessischen Politiker nicht begreifen wollen, wie es der Polizei geht, dann gibt es vielleicht in naher Zukunft wieder einen „Aufstand der Ordnungshüter“.

Norbert Weinbach

Die Luxus-Abgeordneten

Jeder Bundestagsabgeordnete darf für 15000 Euro im Monat Mitarbeiter beschäftigen. Für jeden Abgeordneten arbeiten im Schnitt zehn persönliche Angestellte, Tendenz steigend.

Auszug aus „FOKUS 19/2011 Seiten 34 und 35

Der Bundestag baut an. Unweit des Brandenburger Tores entstehen derzeit 520 neue Büros für Abgeordnete. Insgesamt 230,5 Millionen Euro lassen sich die Volksvertreter einen Neubau und den Umbau eines bereits bestehenden Verwaltungshauses kosten.

Allein die Kosten eines Fußgängertunnels, der zwei Bürogebäude verbindet, belaufen sich auf 7,5 Mil-

lionen Euro. Die Zahl der Abgeordneten ist relativ konstant, derzeit liegt sie bei 622. Für wen also werden die vielen neuen Büros gebaut?

Der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim kam nach monatelanger Recherche zu dem Schluss, dass die Anzahl der Mitarbeiter, die sich die Abgeordneten genehmigen, praktisch unkontrolliert wächst.

Und diese Mitarbeiter brauchen Platz.

Die Abgeordneten bezahlen sie über die sogenannte Mitarbeiterpauschale. Diese wurde zuletzt 2008 kräftig um 28 Prozent erhöht. Insgesamt stieg sie seit 1969, zu ihrer Einführung, von damals umgerechnet 767 Euro auf heute 14978 Euro pro Monat. Am 1. August steigt sie auf monatlich 15 053 Euro.

Mit dem Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung, der anfangs noch nicht mit ausgezahlt wurde, sind es annähernd 20000 Euro, also 26-mal so viel wie 1968.

Auf Anfrage teilte der Deutsche Bundestag mit: „Die Erhöhung (der Mitarbeiterpauschale) zeichnet die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst nach“.

Tatsächlich aber sind die Durchschnittslöhne dort im besagten Zeitraum um das Fünffache gestiegen, nicht aber um das 26-Fache wie die Mitarbeiterpauschale.

Mit dieser Pauschale schoss dann auch die Zahl der persönlichen Mitarbeiter der Abgeordneten des Bundestags in die Höhe, von 663 im Jahr 1970 auf 6784 im Jahr 2009. Im Durchschnitt beschäftigt jeder Abgeordnete heute mehr als zehn Mitarbeiter, etwa ein Drittel in Vollzeit und zwei Drittel in Teilzeit. „Wir sind hier sogar mehr als zehn Leute“, bestätigt der Büroleiter eines Abgeordneten, der ungenannt bleiben will.

Neben der horrenden Summe für Mitarbeiter bezieht jeder Abgeordnete monatlich außerdem noch drei Vergütungen:

1. das Grundgehalt (7668 Euro),
2. eine steuerfreie „Aufwandsentschädigung“ (3984 Euro) und
3. eine „Bürokostenpauschale“ (1000 Euro).

Hinzu kommt eine Gesamtnetzkarte der Deutschen Bahn 1. Klasse, die Übernahme aller beruflichen inländischen Flüge und innerhalb Berlins die Nutzung der Limousinen des Bundestags mit Chauffeur.

Die Mitarbeiterpauschale ist der Bereich der Zuwendungen, der am schlechtesten kontrolliert wird. Denn wofür die Abgeordneten ihre Angestellten genau einsetzen, darüber müssen sie niemandem Rechenschaft ablegen.

So weist Staatsrechtler von Arnim darauf hin, dass diese Mitarbeiter „nicht nur im Parlament, sondern immer öfter auch im Wahlkreis tätig sind, häufig auch direkt in der örtlichen Parteigeschäftsstelle.“

Hier überschreiten viele Abgeordnete die Grenze zum Illegalen, denn nach § 12 des Abgeordneten-

gesetzes dürfen die Mitarbeiter den Abgeordneten nur „bei der Erledigung seiner parlamentarischen Arbeit“ unterstützen.

Für Parteizwecke dürfen sie nicht eingesetzt werden.

Staatsrechtler von Amim kommt zu dem Schluss: „Es ist unter Insidern ein offenes Geheimnis, dass vom Steuerzahler bezahlte Mitarbeiter vielfach für Parteizwecke missbraucht werden.“

Er fordert deshalb, die Abgeordneten künftig gesetzlich zur Rechenschaft über die Verwendung ihrer Mitarbeiter zu verpflichten.



**Gewerkschaft
der Polizei**

**Damit du
dein
Recht
bekommst**

Um dem Wildwuchs der Angestellten-Kohorten entgegenzuwirken, müsse die Mitarbeiterpauschale außerdem verfassungsrechtlich gedeckelt werden.

In jedem Fall sollten Erhöhungen per Gesetz beschlossen werden, denn im Lichte der Öffentlichkeit wären exorbitante Erhöhungen wie in der Vergangenheit unmöglich.

Derzeit geht es andersherum:

Die Mitarbeiterpauschale wird lautlos über einen Haushaltstitel im Gesamthaushalt des Bundestags angehoben.

Ebenso heimlich wird offenbar an einer weiteren Vergütung gedreht. Die eingangs bereits erwähnte „Sachmittelpauschale“ stieg in den vergangenen zehn Jahren um 1025 Euro auf 12000 Euro pro Jahr, Sie ist für Büromaterial gedacht, auch für „Telefonkosten im Wahlkreis“. Solcherlei Ausgaben soll jedoch auch die steuerfreie Aufwandsentschädigung (3984 Euro monatlich) decken.

Zwei Pauschalen für denselben Zweck?

Zusätzlich zu allen diesen Leistungen und Doppelleistungen kann sich jeder Abgeordnete noch des gewaltigen Mitarbeiterstabes seiner Fraktion bedienen.

Die fünf Fraktionen des Deutschen Bundestags verschlingen jährlich zusammen 80 Millionen Euro und geben davon 55 Millionen für ihr Personal aus.

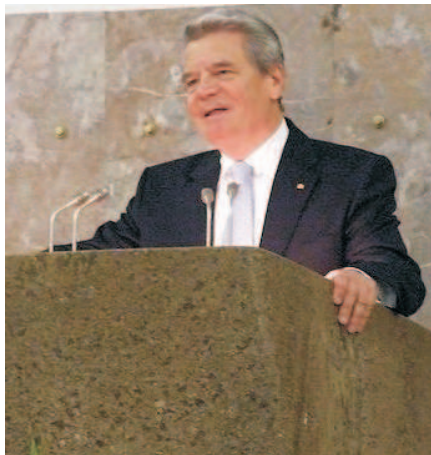
Und sollte er weitere Unterstützung benötigen, steht dem Abgeordneten noch Personal zur Verfügung, „das direkt bei der Verwaltung des Bundestags angestellt ist“.

Dieses reicht von Wissenschaftlern vieler Disziplinen über Bibliothekare bis zu Ärzten und Krankenschwestern.

„Wir sind“ fasst ein Mitarbeiter des Bundestags die Lage zusammen, „hier ganz gut ausgestattet.“

Gunnar Schupelius

Börnepreis an Joachim Gauck verliehen



Archivfoto: Joachim Gauck

Einer guten alten Tradition folgend, wurde auch in diesem Jahr wieder die Frankfurter GdP zur Verleihung des Ludwig-Börne-Preises am Sonntag, 05. Juni 2011, in der Frankfurter Paulskirche, eingeladen. Obwohl mit Joachim Gauck ein ehemaliger Freiheitskämpfer im damaligen DDR-Regime als Preisträger von der Jury auserkoren wurde, fand die Ehrung offenbar keinen großen Anklang. Die Stadt hatte nämlich am Tag vor der Verleihung noch einmal 300 Eintrittskarten zur Verfügung gestellt, damit Bürgerinnen und Bürger aller Gesellschaftsschichten teilnehmen können. Es wurden gerade einmal ein Drittel dieser Karten abgerufen, was jedoch der Ehrung keinen Abbruch tat. Bei seinen eigenen Ausführungen anlässlich der Feierlichkeiten machte Joachim Gauck noch deutlich, dass er das Freiheits-Thema auch als scharfe politische Waffe zu handhaben versteht. Der Preisträger kam direkt vom evangelischen Kirchentag in Dresden, als er an diesem Tag den Ludwig-Börne-Preis entgegennahm. Vorgeschlagen hatte ihn Michael Naumann der anerkannten Jury für die Auswahl der nominierten Personen. Michael Naumann ist ein langjähriger Weggefährte Gaucks. Naumann stellte in seiner Laudatio fest, dass dieses Mal ein Bürgerrechtler den Preis erhalte, dem die Stasi seinerzeit ein anmaßendes und freches Auftreten attestiert hatte. Gauck war in der ehemaligen DDR der Inbegriff der Verkörperung des freiheitlichen Geistes, was ihm das Image eines „Freiheitspathetikers“ einbrachte. Naumann stellte in diesem Zusam-

menhang eindrucksvoll dar, dass dies nichts Anrühiges ist und erteilte kurz eine Lehrstunde in Griechisch. Pathos ist in der Antike die Kunst gewesen, mit Leidenschaft zu überzeugen. Genau das waren die Attribute, die Joachim Gauck bis heute durch die erlebte Unfreiheit an die Leiden des Pathos erinnern lassen. Wie stark sich Gauck bereits Ende der 80er Jahre für die Freiheit einsetzte, verdeutlichte Naumann mit einem Zitat Gaucks anlässlich des Kirchentages in Rostock 1988: „Wenn Hoffnung echte ist, riskiert sie etwas. Nicht Idylle, sondern Veränderung umgibt sie. Eine Schwester von ihr heißt Unruhe. Bitte erschrecken wir nicht, sondern bedenken wir, wohin uns die Ruhe gegenüber allem Unrechts geführt hatte! Die etablierte Christen- und Bürgergemeinschaft muss wohl lernen, ihren Unruhestiftern zu danken. Sie lehren uns: Finde dich nicht mit dem ab, was du vorfindest!“ Naumann beendete seine Laudatio damit, noch einmal in Erinnerung zu rufen, dass der 71-Jährige ja wohl immer noch Bundespräsident werden könne, was aber Gauck in seiner Bescheidenheit als nicht ausgesprochen gewertet haben wollte. Trotz dieser Bescheidenheit hat diese Verleihung noch einmal in Erinnerung gerufen, dass Joachim Gauck für das Amt des Bundespräsidenten angetreten war. Mit seiner Person wäre einer in dieses Amt gekommen, der weiß von was er spricht, weil er politisch zwei unterschiedliche Systeme kennengelernt hat.

Wer war eigentlich Ludwig Börne, der für diesen Preis steht?

Ludwig Börne war Frankfurter Jude, der 1786 im Frankfurter Ghetto als Juda Löb Baruch geboren wurde und 1837 in Pariser Exil, noch recht jung, im Alter von 51 Jahren, verstarb. Börne war Journalist, Literatur- und Theaterkritiker. Mit bereits 16 Jahren ging er auf Wunsch seines Vaters nach Berlin, um Medizin zu studieren. Nachdem er nach einem vereitelten Selbstmordversuch an die Universität nach Halle wechselte, besuchte er philosophische Seminare. Aufgrund von Streitigkeiten mit seinem eigenen Vater, wegen der von ihm ge-

machten Schulden, musste er nach Heidelberg wechseln, um besser von seinem Vater kontrolliert werden zu können. Dort wechselte er dann, seinen persönlichen Neigungen entsprechend, von der Medizin zu den Rechtswissenschaften. Dort besuchte er Vorlesungen in der philosophischen Fakultät. Als er jedoch erneut verschuldet war, musste er die Uni Heidelberg ebenfalls verlassen und schrieb sich schließlich in der Universität Gießen ein. Dort fand er einen Förderer in seinem ehemaligen Lehrer und jetzigen Professor an der Uni, der ihm ermöglichte, in einer von ihm herausgegebenen Zeitschrift Aphorismen zu veröffentlichen. Nur 3 Monate später ließ ihn sein Förderer, Professor Crome, zum Dr. phil. promovieren, ohne dass er auch nur ein Examen bis dato nachweisen konnte.

1811 konnte ihn sein Vater, aufgrund seiner Beziehungen, als Archivar in die Aktenführung der Frankfurter Polizei vermitteln. Wegen seines jüdischen Glaubens wurde er jedoch nach nur 4 Jahren, also 1815, aus dem Dienst entlassen. 1818 konvertierte er zum evangelischen Glauben und ließ sich taufen. Bereits kurz vor der Taufe änderte er seinen Namen von Juda Löb Baruch in Ludwig Börne, weil er glaubte, sein eigentlicher Name gebe zu eindeutige Hinweise auf seine Religionszugehörigkeit, was letztendlich schädlich für seine Herausgeber Tätigkeit seine wird. Börne schrieb. Er schrieb u. a. auch



Ludwig Börne, Gemälde von Moritz Oppenheim, 1827, aus Wikipedia

für die damals in Deutschland führende „Allgemeine Zeitung“. Seine schriftstellerische Tätigkeit konzentrierte sich schon rechts bald auf die Bewegung „Junges Deutschland“, die zum Ziel hatte den Demokratiedanken als Voraussetzung die Freiheit zu verbreiten. Seine Werke und seine gegen Metternich gerichtete Zeitschrift „Die Waage“ wurden staatlicherseits verboten. Ludwig Börne war seiner Zeit weit voraus und bemühte sich schon im frühen

19. Jahrhundert um eine anhaltende Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich, die aber erst mehr als hundert Jahre später verwirklicht werden sollte. War Börne also der erste Europäer? Der nach ihm benannte Ludwig-Börne-Preis wird seit 1993 alljährlich in der Paulskirche an durch Juroren gewählte deutschsprachige politische Publizisten verliehen.

Bei der Verleihung an Joachim Gauck las Hannelore Elsner Zitate

und Erinnerungstücke Marcel Reich-Ranickis an Ludwig Börne eindrucksvoll vor, um schließlich die literarischen freiheitlichen Gedanken aus Börnes vielen Werken vorzutragen, bei denen er sich zudem auch mit Johann Wolfgang von Goethe und Heinrich Heine kritisch auseinandersetzt, ja sogar auch auf Streit- und Konfrontationskurs mit ihnen geht.

Text: Wolfgang Link

Kampf um die Rechte der Senioren

Arbeitstagung der süddeutschen GdP-Senioren in Sachsen

Es ist immer ein besonderes Ereignis, wenn sich die süddeutschen GdP-Senioren (Landesvorsitzender und ein Vertreter) einmal im Jahr zu einer Arbeitstagung treffen. Das ist kein besonderes Kaffeekränzchen, es ist aber eine Gemeinschaft von Menschen, die sich verbunden fühlen und die etwas tun wollen für ihre Kolleg/innen im Ruhestand.

Die Länder Bayern, Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen, Sachsen und das Bundeskriminalamt gehören zu diesem Kreis.

Von rund 170.000 GdP-Mitgliedern gehören etwa 40.000 zu den Senior/innen.

Im Schnitt sind das mehr als 20 Prozent aller Mitglieder.

Das darf man nicht vergessen, wenn über die Frage der Seniorenarbeit und die Rechte der Senioren redet.

Treffen in Augustusburg

In diesem Jahr trafen sich die Senioren im Hotel Kunnerstein in Augustusburg in Sachsen. Dabei gehörte natürlich auch ein Besuch von Schloss Augustusburg zum Programm. Es ist immerhin eine der bedeutendsten Renaissanceanlagen Deutschlands. Darin ist unter anderem ein besonderes Tiermuseum untergebracht aber auch das größte Motorradmuseum der Republik, das jedes Jahr viele tausend Biker anzieht. Nicht zu vergessen ist auch der Kerker, wo man anhand der ausgestellten Geräte und der Bilder anschaulich erkennen kann, wie grausam die Gerichtsbarkeit im Mit-

telalter war. Sehr angenehm empfanden alle Senioren auch den Aufenthalt im Hotel Kunnerstein, dem Tagungsort der GdP Sachsen. Gelobt wurden dabei vor allem das reichhaltige und abwechslungsreiche Essen und die Freundlichkeit des Personals.

Richtlinien für Senioren

Die Frage, ob man Richtlinien für Senioren bundesweit vereinheitlichen sollte, stand im Mittelpunkt der Diskussion dieser beiden Tage. Es ging aber auch darum, wie man die Seniorenarbeit insgesamt verbessern könne. Nicht überall in den Ländern laufe sie gleich gut. Das gehe schon damit los, dass die Senioren nicht automatisch in den geschäftsführenden Vorständen vertreten seien. Hier ergebe sich eine Konkurrenz zu den anderen Personengruppen, war sich die Versammlung einig. Klaus Kulick, Vorsitzender der Berliner Senior/innen, habe versucht, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten darzustellen. Da gäbe es noch viel Arbeit.

Es gehe nicht an, dass Senior/innen einfach als Beitragszahler geführt würden. Eigentlich müssten sie auch bestimmen können, wie viele Senior/innen (dem Mitgliederanteil entsprechend) und welche zu einem Landesdelegiertentag gehen dürfen oder zum Bundeskongress.

Arthur Jung (Saarland), früherer Bundes-Seniorenvorsitzender, machte deutlich, dass sich in den vergangenen Jahren einiges verbessert habe.

Man müsse über die Länder Anträge einbringen beim vorgesehe-

nen Satzungskongress des Bundes im Jahr 2013, wie die Richtlinien für die Senior/innen und damit die Seniorenarbeit insgesamt verbessert werden könne. Vergessen dürfe man nicht, dass durch die Föderalismusreform der Bund, also auch der Bundesseniorenvorstand (BSV) immer weniger zu sagen habe. Immer mehr Verantwortung gehe auf die Landesbezirke über.

Verbessert habe sich auch die Seniorenarbeit beim Bezirk Bundeskriminalamt (BKA), so dessen Vertreter Manfred Schnell. Hier sei aber noch viel zu tun, auch bei der Frage der Delegierten.

Seminare sind wichtig für Senioren

Das „Süddeutsche Treffen“, 1998 unter Hermann Lutz ins Leben gerufen, sei ein Diskussionsgremium, dessen Ergebnisse in den Bundesvorstand eingebracht werden müssten, hob Heinz Blatt hervor. In Rheinland-Pfalz gebe es keine Probleme, meinte er. Beschlossene Seminare würden vom Landesvorstand genehmigt und durchgeführt. Bei der Frage der Delegierten müsse man einen besonderen Modus finden. Wenn ein Land nur vier Delegierte habe, könne man nicht verlangen, dass Senioren, Junge Gruppe, Frauengruppe und Tarifbeschäftigte je einen Vertreter stellen.

Für Thüringen müsste die Arbeit in den Kreisgruppen (KG) verstärkt werden, meinte Johannes Dieter. Erfreulich sei, dass die Senioren bei Demos und Aktivitäten der KG anzutreffen seien. Auch die Betreuung

bei Großsätzen werde vielfach durch Senioren geleistet.

Bedeutung der Seniorenarbeit hervorheben

Werner Fischer (Baden-Württemberg) vertrat die Auffassung, dass man die gewerkschaftliche Bedeutung der Seniorenarbeit mehr hervorheben müsse. Das sei insbesondere in Flächenländern nicht immer einfach. Trotz aller Gemeinsamkeiten gebe es auch eine Konkurrenz zwischen Aktiven und den Personengruppen. Seniorenprobleme würden oft nicht wahrgenommen.

Problem: Geschäftsführender Vorstand

Wenn ein/e Senior/in Mitglied eines geschäftsführenden Vorstandes sei, insbesondere beim geschäftsführenden Bundesvorstand, müsse es auch ein Ressort übernehmen. Das führe zu vielen Aktivitäten und auch zu vermehrten Reisen. Es sei fraglich, ob die Senioren das überhaupt wollten. Auch einige Senioren engagiert mitarbeiteten, so müsse man den Rest auch noch überzeugen, dass es sinnvoll sei, in der GdP zu bleiben und sich an Aktivitäten zu beteiligen. Sie könnten ihre Erfahrungen an junge Mitglieder weiter-

auch die Teilnahme an Aktivitäten der Jungen Gruppe.

Empfehlungen an den BSV

Die Teilnehmer des „Süddeutschen Treffens“ empfahlen dem BSV, sich dafür einzusetzen, entsprechend dem Mitgliederanteil der Senioren auch die Zahl der Delegierten zu bestimmen.

Es wurde auch erörtert, ob die Organisation der GdP geändert werden solle und wie.

Als Drittes empfahlen die Senioren dem BSV, sich dafür einzusetzen, dass auch Senior/innen in die Fin-



Die Teilnehmer am „Süddeutschen Treffen“ der GdP-Senioren aus Bayern, Baden-Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen, Thüringen, Sachsen und vom Bundeskriminalamt vor dem Hotel Kunnerstein in Sachsen.

Da müsse sich der Vertreter dieser Gruppe durchsetzen. Auch Fischer unterstrich, dass die Delegiertenfrage nicht einfach zu lösen sei, da von den KG bis zu den Landesvorständen alle ein Interesse hätten als Delegierte an Entscheidungen mitzuwirken. Die begrenzte Zahl der Delegierten sei aus Kostengründen notwendig, führe aber oft auch zu Konflikten. Durchgesetzt werden müsse aber, dass wenigstens der Landesseniorenvorsitzende als ordentlicher Delegierter zum Bundeskongress nominiert werde.

geben, die oft außer Schule und Studium keinen anderen Hintergrund hätten. Es sei aber auch notwendig, die „Neuen“ zu überzeugen, in der GdP zu sein und für ihre Rechte zu kämpfen. Was einem einmal weggenommen worden sei, bekomme man im Regelfall nicht wieder. Ein Beispiel sei die Pensionsberechtigung der Polizeizulage. Bei der Einstellung neuer Polizeianwärter müsse man versuchen, an sie ranzukommen. Dabei seien Gesprächskreise nützlich, auch mit Einbindung der Senioren. Wichtig sei

dungskommission für den Satzungskongress 2013 aufgenommen werden.

Norbert Weinbach

